

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn



Klaus Hänsch

**Europäische Integration
aus historischer Erfahrung**
Ein Zeitzeugengespräch
mit Michael Gehler

Discussion Paper

C197
2010

ISSN 1435-3288

ISBN 978-3-936183-97-9

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Walter-Flex-Straße 3
D-53113 Bonn
Germany

Tel.: +49-228-73-4929
Fax: +49-228-73-4984
<http://www.zei.de>

Klaus Hänsch, geboren 1938 in Sprottau (Schlesien), Abitur 1959, Wehrdienst 1959/60; anschließend Studium der Politologie, Geschichte und Soziologie in Köln, Paris und Berlin bis 1965, Promotion 1969, ist seit 1964 SPD-Mitglied.

Klaus Hänsch, war von 1979 bis 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments, von 1994 bis 1997 Präsident des Europäischen Parlaments, von 2002 bis 2003 Mitglied des Präsidiums des "Konvents zur Zukunft Europas" und von 2003 bis 2004 Vertreter des Europäischen Parlaments in der Regierungskonferenz über den Verfassungsvertrag für die EU. Er ist Ehrenbürger der Stadt Szprotawa (Sprottau) in Polen, Ehrendoktor der Universität Loughborough, Ehrendoktor und Visiting professor der Wirtschaftsakademie Poznan, Honorarprofessor der Universität Duisburg und publizierte zahlreiche Bücher und Aufsätze über Politik und Gesellschaft in Frankreich, über deutsch-französische Beziehungen, zu Fragen der europäischen Einigung und zur Politik der Europäischen Union.

Michael Gehler, geboren 1962, Professor am Institut für Geschichte an der Universität Hildesheim, 1999-2006 Professor am Institut für Zeitgeschichte an der Universität Innsbruck. 1992-1996 Research Fellow des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung in Wien. Senior Fellow am Zentrum für Europäische Integrationsforschung in Bonn. 2006 Verleihung eines "Jean-Monnet Chairs" für Europäische Geschichte durch die EU-Kommission

Publikationsauswahl: Zeitgeschichte im dynamischen Mehrebenensystem: Zwischen Regionalisierung, Nationalstaat, Europäisierung, internationaler Arena und Globalisierung, Bochum 2001; Der lange Weg nach Europa. Österreich vom Ende der Monarchie bis zur EU, 2Bde., Innsbruck-Wien-München-Bozen 2002; Europa. Ideen, Institutionen, Vereinigung, München 2005 (erweiterte Neuauflage 2010).

Klaus Hänsch

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler

Das Gespräch wurde am 15. Juni 2009 am Institut für Geschichte der Universität Hildesheim geführt.

Gehler:

Sehr geehrter Dr. Hänsch, Sie sind am 15. Dezember 1938 in Sprottau in Schlesien geboren. Können Sie uns etwas über ihr Elternhaus berichten?

Hänsch:

Mein Vater war Schlosser in Sprottau. Ich habe ihn eigentlich erst nach dem Krieg kennen gelernt. Meine Mutter war Verkäuferin in einem Textilgeschäft. Ich war der Älteste von drei Geschwistern. Es gibt in der ganzen Familie keinen akademischen Hintergrund. Ich komme aus einer Familie von Arbeitern und Handwerkern, sowohl von meiner Mutter- als auch von meiner Vaterseite.

Gehler:

Haben Sie noch Erinnerungen an Schlesien aus den Kinderjahren?

Hänsch:

Aber ja. Da sind bestimmte Wege. Ich habe bei meinem ersten Besuch in Sprottau ohne geführt zu werden alles wieder gefunden, was ich wieder finden wollte. Ich bin alle Wege gegangen. Ich hatte Erinnerungen an Spa-

ziergänge und den Kleingarten meiner Großeltern, bestimmte Gerüche, frühkindliche Erinnerungen. Ich bin ja im Herbst 1944 noch in Sprottau eingeschult worden. Ich fand auch das heute ganz anders genutzte Schulgebäude wieder. In diesen Gebieten hat sich in der Zeit des Kommunismus sehr viel weniger verändert als wir das im Westen erlebt haben.

Gehler:

Sie sind 1945 aus Schlesien weg gegangen, im Grunde war es eine Flucht. Welche Erinnerungen haben Sie noch an diese dramatischen Geschehnisse?

Hänsch:

Natürlich war es eine Flucht. Ich erinnere mich, dass wir eines Abends im Februar 1945 Geschützfeuer hörten, Explosionen. In der gleichen Nacht fiel wohl der Entschluss, mit dem letzten Zug, eigentlich einem Güterzug, der aus Sprottau wegfuhr, „abzuhauen“, wie wir das nannten. Meine Mutter mit ihren Eltern und mit meiner Schwester und meinem Bruder, sowie eine Schwägerin, die mit ihren zwei Kindern aus Oberschlesien nach Sprottau gekommen war. Die Familie meines Vaters ist geblieben und dann vertrieben worden.

Gehler:

Wie weit war das Gefühl „vertrieben“ ausgeprägt, dass es dann als endgültig gelten musste? Gab es in den ersten Monaten nach Kriegsende, bzw. noch später, Erwartungen einer möglichen Rückkehr?

Hänsch:

Aber ja. Als Kind habe ich natürlich gar nicht ermessen, was die Flucht bedeutete, außer dass es von einem Ort zum anderen ging und wir in Leipzig Bombennächte erlebten. Ein Gefühl der Endgültigkeit konnte sich bei einem Kind überhaupt gar nicht einstellen. Ich weiß aber, dass meine Mutter und meine Großeltern, auch mein Vater als er aus der Gefangenschaft zurück war, in den ersten Jahren noch gedacht haben, dass es die Möglichkeit geben würde, wieder zurück zu gehen. Es ist ja 1945 nicht alles in eine Richtung gelaufen. Ein Teil der Familie meines Vaters ist unter russischer Besetzung noch einmal zurückgegangen und erst von der im Juni 1945 nachrückenden polnischen Verwaltung vertrieben worden. Die Endgültig-

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

keit der Entscheidungen, etwa die Konferenz von Potsdam, war in meiner Familie niemandem bewusst. Wir hatten ja auch weder Radio noch Zeitung damals. Es gab zunächst die Hoffnung auf Rückkehr. Aber für meine Eltern, das habe ich später durch meine Mutter erfahren, war vom Anfang der 1950er Jahre an klar, dass es keine Rückkehr mehr geben würde.

Gehler:

Wie denken Sie heute über Flucht und Vertreibung, losgelöst von Ihrem persönlichen und dem Schicksal Ihrer Eltern?

Hänsch:

Es war eine Folge des Krieges, da gibt es weder etwas zu beschönigen noch wegzudiskutieren. Deutschland hat den Krieg begonnen und dass die Deutschen aus den seit 800 Jahren deutschen Gebieten vertrieben wurden, ist eine klare Folge dieses von Deutschland angefangenen Krieges. Damals war es niemandem in der Familie klar, aber heute weiß ich es, dass Deutschland, wenn es den Krieg gewonnen hätte noch viel schlimmere Vertreibungen vorgenommen hätte. Damit sage ich nicht, die Vertreibung der Deutschen sei rechtens gewesen. Sie war Unrecht. Aber sie war eine Folge, die ein Volk, das einen Krieg anfängt und ihn verliert, zu tragen hat.

Gehler:

Sie sind von Schlesien nach Flensburg gekommen. Wie kommen Sie dann eigentlich von Schleswig-Holstein ins Nordrhein-Westfälische, wo Sie ja auch studieren und Ihre berufliche Laufbahn beginnen. Zunächst einmal Flensburg: Was haben Sie eigentlich für Eindrücke von Flensburg gehabt?

Hänsch:

Flensburg war eine der ganz wenigen vom Krieg nicht zerstörten Städte. Wir waren auf der Flucht durch eine Menge bombenzerstörter Städte gekommen, in Flensburg war Frieden. Aber in den ersten Jahren fühlte man sich auch als Kind fremd. Die Eltern hatten es sicher noch schwerer. Wir waren so fremd im eigenen Land. Die Menschen sprachen Platt und bewusst so, damit man nichts verstehen konnte. Es war nicht so, dass die armen Flüchtlinge mit offenen Armen aufgenommen wurden. Wir wurden einquartiert – man suchte sich ja nichts, sondern man wurde eingewiesen

Michael Gehler

und für die Mietsfamilien, die das ertragen mussten, war es auch nicht einfach. Wir hatten Glück. Wo wir unterkamen, wurden wir als Kriegsvertriebene respektiert. Das war in Flensburg keineswegs überall der Fall. Ich kenne eine Reihe von Klassenkameraden, die es viel schlechter getroffen hatten, die auch in einem der vielen Flüchtlingslager, die sich um Flensburg herum gruppierten, wohnen mussten. In dem ganzen Unglück hatten wir auch wieder Glück.

Gehler:

Von Flensburg ging es dann weiter ins Nordrhein-Westfälische.

Hänsch:

Ja, weil mir ein Onkel aus der Familie geraten hatte, Betriebswirtschaft in Köln zu studieren. Das war dann aber doch nichts für mich. Das merkte ich nach ein paar Vorlesungen und ein paar Monaten. In mir hatte sich ohnehin der Wunsch festgesetzt, Journalist zu werden. Da schienen mir Deutsch und Geschichte besser geeignet. Nach drei Semestern wollte ich weg, einfach „mal woanders hin“. Die Wahl fiel auf Paris. In den Ferien habe ich ziemlich hart gearbeitet und für die Überbrückung der ersten Monate gespart, denn von zu Hause habe ich nie einen Pfennig bekommen können. Schon dass ich auf eine höhere Schule ging überstieg eigentlich die finanzielle Kraft meiner Eltern. Die waren es gewohnt und wollten es eigentlich auch so, dass der Junge mit 14 anfängt zu arbeiten und ab dem zweitem Lehrjahr Geld mit nach Hause bringt. Paris verstärkte mein Interesse an der Politik, das ich hatte, so weit ich als Kind zurückdenken kann. Das hat sich in Frankreich konkretisiert. Ich habe in Paris eine Vorlesung „Einführung in das System der Fünften Republik“ bei Maurice Duverger besucht. Er war ein renommierter Jurist und Politikwissenschaftler. Mich hat er fasziniert. Er konnte ein an sich trockenes Thema, das Verfassungssystem der V. Republik brillant erklären, und ins aktuell-Politische wenden. So etwas wollte ich auch können. Daraus ergab sich dann das Studium der Politologie am Otto-Suhr-Institut an der Freien Universität in Berlin fast von selbst.

Gehler:

Sie haben also in Köln, Paris und in Berlin studiert, Otto-Suhr Institut ist ein Stichwort, Maurice Duverger, Gilbert Ziebura, Richard Löwenthal.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Können Sie diese drei Wissenschaftler charakterisieren? Wer hat Ihnen besonders viel gegeben und wer hat Sie besonders geprägt?

Hänsch:

Duverger hat mich zur Politologie gebracht. Richard Löwenthal war in seinen politiknahen Analysen sowie als akademischer Lehrer und Vortragender ein Phänomen. Ich habe bei ihm „Geschichte der Sowjetunion“ gehört. Das waren nicht einfach Geschichtsabläufe, sondern analytische Zusammenfassungen, bei denen ich wiederum dachte „das möchtest du können“. Ziebura war mein akademischer Lehrer, kantig formulierend, mit dem Mut zum zusammenfassenden Urteil. Er war mein Doktorvater. Wenn Sie nach akademischen Lehrern fragen, dann muss ich auch Alfred Grosser erwähnen, der in der Zeit meines zweiten Parisaufenthaltes dort mein Mentor war. Grosser hat mir als Frankreicherklärer in Deutschland und Deutschlandklärer in Frankreich auch zu Einsichten über das eigene Land, nicht nur über Frankreich, verholfen. Einfach durch seine Gabe, prägnant zusammenfassend zu formulieren.

Gehler:

Nun hat ja Grosser im Grund die deutsch-französischen, französisch-deutschen Beziehungen auch idealtypisch biographisch widergespiegelt. Er ist aus Frankfurt emigriert in jungen Jahren mit seinen Eltern im Jahr 1938. Das ist ein anderes Jahr als für manche, die dieses Jahr in Österreich z.B. mit dem Anschluss erlebt haben. Sie haben sich mit den französischen Reaktionen auf die Phase der Entstehung des Kalten Krieges beschäftigt, haben sehr viel Zeitungsstudium in der Bibliothèque Nationale in Paris betrieben. Welche Erkenntnisse haben Sie in den 1960er Jahren schon über die französische Deutschland-, und Europa-Politik im Kalten Krieg gewinnen können?

Hänsch:

Die französische Europapolitik war eine Folge der Tatsache, dass der französischen Elite und Öffentlichkeit in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre bewusst wurde, dass das alte Konzept, Deutschland als potentiellen Aggressor, das es ja war, durch Teilung oder Besetzung klein zu halten und auszuschalten, im Zuge des Ost-West-Konflikts nicht aufrecht zu erhalten

war. Die Amerikaner setzten von 1946 an zur Eindämmung der russisch-sowjetischen Hegemonie auch auf ein stärkeres Deutschland. Das Geniale am französischen Auffassungswandel der Eliten, aber auch der öffentlichen Meinung, war es, dies zu akzeptieren und es in eine Politik der Einigung Europas umzuwandeln.

Gehler:

Das Frankreich der späten 1940er Jahre, war jenes Frankreich von Georges Bidault, Robert Schuman und Jean Monnet. Das Frankreich, das Sie als Student erlebt haben, war das Frankreich Charles de Gaulles. Wie haben Sie dieses Frankreich de Gaulles wahrgenommen?

Hänsch:

Das Bild, das ich von Frankreich, durch meine Studien und meine Doktorarbeit rückwärts blickend, über die Zeit 1946/48 gewonnen habe, hat mich nicht sehr beeindruckt. Die Vierte Republik funktionierte nicht, ja konnte nicht funktionieren. Dagegen beeindruckte mich 1961, als ich das erste Mal nach Paris kam, die Selbstverständlichkeit mit der die französische Republik, der Staat, sich inszenierte und selbst darstellte. Das war etwas, das ich aus dem Deutschland der 1950er Jahre überhaupt nicht kannte. Das hat mich fasziniert. Nicht dass ich glaubte, man müsse das alles nachmachen oder Ähnliches auch in Deutschland haben. Ich verstand schon, warum das in Deutschland in dieser Form nicht möglich war. Trotzdem habe ich immer gedacht: „Ein Volk, das in einem Staat lebt, will und muss auch bemerken, dass es ihn gibt.“ Und dann war da der General de Gaulle. Er war Präsident der Republik und zugleich eine Legende. Das erste Buch, das ich in Paris gelesen habe und an dem ich faktisch mein politisches Französisch gelernt habe, waren die Kriegsmemoiren de Gaulles. Ich habe sehr schnell mitbekommen, dass de Gaulle, obwohl durch die Anhänger eines französischen Algeriens an die Macht gebracht, die Entkolonialisierung und damit die Unabhängigkeit Algeriens betrieb. Er allein konnte die Entkolonialisierung und die Unabhängigkeit Algeriens, die historisch notwendig war, den Franzosen nicht nur begreiflich, sondern auch akzeptabel machen. Man darf ja nicht vergessen, dass es sich bei Algerien nicht um eine Kolonie wie Kamerun oder Indochina handelte. Algerien war das Heimatland mehrerer

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Millionen Franzosen, von denen man wissen musste, und de Gaulle hat das gewusst, dass sie nach der Unabhängigkeit Algeriens das Land verlassen müssen. Dass und wie de Gaulle das alles gegen mehrere Putschversuche durchsetzte, habe ich bewundert.

Gehler:

Zur selben Zeit erfolgt in Berlin 1961 der Mauerbau. In wie weit war in diesem Jahr die europäische Idee schon greifbar? 1954 die Ablehnung der Europaarmee, dann die Messina-Konferenz 1955 mit einem neuen integrationspolitischen Anlauf. War dies schon präsent?

Hänsch:

Die europäische Idee war mir überhaupt nicht präsent. In der Schule hat der Mathematiklehrer, als er uns die Integralrechnung erklärte, mal mit einem oder zwei Sätzen von der europäischen Integration gesprochen. Das war das einzige Mal, dass ich in dieser Zeit etwas von europäischer Einigung gehört habe. Auch in der Zeit, in der ich in Frankreich war, spielte Europa keine große Rolle. Gut, man hat mitbekommen, dass es die „Politik des leeren Stuhls“ gab, dass es Spannungen in der beginnenden europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gab. Aber für meine eigenen Vorstellungen über Frankreich hat dieses Brüsseler Europa nicht so richtig eine Rolle gespielt außer, dass ich in der Arbeit an meiner Dissertation gemerkt habe, dass es den Franzosen bei der Einigung Europas eben auch um Sicherheit vor Deutschland ging.

Gehler:

Ich möchte die Frage noch einmal aufgreifen und so fragen: Was hat Ihnen Europa vor Ihrer Zeit als Mandatar des Europäischen Parlaments bedeutet?

Hänsch:

Das Grundverständnis, das wir es brauchen, um Krieg in Europa zu verhindern, aber auch nicht mehr. Die wirtschaftliche Integration hat mich nicht interessiert, sie wurde erst mit der Aussicht auf das Mandat im Europäischen Parlament konkret. Natürlich: wer Politologie studiert hatte, der bekam schon etwas von der Europäischen Gemeinschaft mit, aber nicht so,

Michael Gehler

dass ich sagen würde, das ist damals ein Ziel einer politischen Laufbahn oder auch nur ein Teil meiner beruflichen Aktivität gewesen.

Gehler:

1964 treten Sie der SPD bei. Was waren die Motive?

Hänsch:

Nicht Personen, nicht Programme, sondern das Milieu und ein Grundverlangen nach Gerechtigkeit in der Gesellschaft. Das kommt aus der Familie. Meine Eltern waren keine Sozialdemokraten. Mein Vater war politisch interessiert, aber nicht engagiert. Meine Mutter hat sich um Politik nicht gekümmert. Aus einer Arbeiterfamilie kommend dachte ich: Auch wenn ich studiere, gehöre ich weiter dazu. Das kannst du am ehesten mit der SPD verbinden.

Gehler:

Sie waren Werkstudent?

Hänsch:

Ich habe in jeden Semesterferien gearbeitet, war aber nicht das, was man als Werkstudent bezeichnen kann.

Gehler:

Also nicht während des Studiums, sondern in den Ferien.

Hänsch:

In den Semesterferien habe ich gearbeitet, immer vom ersten bis zum letzten Tag. Dass man auch als Student in die Ferien fährt oder so, wie das heute manchmal geschieht, war völlig außerhalb meiner Vorstellungswelt. Ich musste jedenfalls nicht am Tage arbeiten und nachts studieren.

Gehler:

Sie kamen zunächst mit der Landespolitik in Berührung. Sie wurden Referent des Ministerpräsidenten, des bevölkerungsstärksten Bundeslandes NRW.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Hänsch:

Ich kam aus Berlin ins Rheinland. Berlin war damals ein Zentrum der sich herausbildenden 1968er Studentenbewegung, wo es eine Zeitlang nur noch „Sit-ins“ und ständige Vollversammlungen usw. gab. Nach dem Examen und einer Zeit als Hilfsassistent am Otto-Suhr-Institut bei Zieburga stand ich schlichtweg vor der Frage, ob ich beruflich Vollversammlungsbesucher werde, oder etwas arbeiten wollte. Deshalb habe ich mir gesagt „Du musst raus, weg von Berlin.“ Ich bewarb mich und bekam sehr schnell, weil ich den Hintergrund „Frankreich“ hatte, bei Heinz Kühn, damals Ministerpräsident in NRW, eine Stelle als Referent. Kühn war für ein oder zwei Jahre der Beauftragte der Bundesrepublik Deutschland für die kulturellen Angelegenheiten im Rahmen des deutsch-französischen Vertrages, und er brauchte einen jungen Mann, der etwas von Frankreich verstand und ihm zur Hand ging. Ich hatte bereits eine Landeskunde über Frankreich geschrieben. So kam ich zu Heinz Kühn in die Staatskanzlei nach Düsseldorf.

Gehler:

Sie waren dort von 1968 bis 1970. Es war offensichtlich für zwei Jahre angelegt, und anschließend waren Sie nahezu neun Jahre Referent beim Minister für Wissenschaft und Forschung.

Hänsch:

Ja, bei Johannes Rau, dem späteren Bundespräsidenten. Als Heinz Kühn das Amt des Beauftragten für die kulturellen Fragen rotationsbedingt aufgab, war meine Aufgabe beendet. Zum gleichen Zeitpunkt wurde Johannes Rau Wissenschaftsminister in Nordrhein-Westfalen und brauchte einen Pressesprecher. So ergab es sich, ohne dass viel darüber geredet oder gefragt wurde, dass ich sein Pressereferent wurde.

Gehler:

Wenn Sie diese Jahre in NRW rekapitulieren müssten, was haben Ihnen diese Jahre auch mit Blick auf Europa gegeben?

Hänsch:

Die Aufgabenstellung bei Heinz Kühn war noch einmal eine Vertiefung meiner französischen Kenntnisse, nicht sprachlich aber in Bezug auf Politik

und Geschichte Frankreichs. Während meiner Zeit als Johannes Raus Pressereferent kam immer stärker der Wunsch auf, selber Politik machen zu wollen und nicht bloß beim Politikmachen zu assistieren. Und zugleich wurde mir klar, dass ich, wenn ich das will, mein damals noch sehr stark akademisch geprägtes Denken, Sprechen und Verhalten ablegen musste. Ich musste verstehen lernen, dass es nicht nur darauf ankommt, viel zu wissen und das Richtige zu wollen, sondern auch darauf, dass die Menschen mich verstehen können. Darüber habe ich bei Johannes Rau sehr viel gelernt.

Gehler:

Ende der 1960er Jahre stellt die SPD mit Willy Brandt zum ersten Mal einen Bundeskanzler. Wie weit haben Sie sich von ihm und dem neuen außenpolitischen Ansatz inspirieren lassen, den Brandt zusammen mit Bahr vertreten hat? Hat das eine Rolle gespielt? Sie haben sich ja mit internationalen Beziehungen beschäftigt und gerade auf junge Leute hatte er ja eine große Anziehungskraft.

Hänsch:

In Willy Brandts Ostpolitik fühlte ich mich von Anfang an zuhause. Das hatte ich schon in den Seminaren bei Richard Löwenthal, der im Umkreis von Brandt einer der Vordenker der Ostpolitik war, gefühlt und in einer für mich sehr wichtigen Seminararbeit ähnliches aufgeschrieben. Willy Brandts Ostpolitik war für mich immer auch Wiedervereinigungspolitik.

Gehler:

Wie sind Sie eigentlich Mandatar des Europäischen Parlaments geworden? Es ist klar: Sie sind gewählt worden. Davor mussten Sie aber auch erstmal kandidieren. In Bochum haben Sie bei einer von Jürgen Mittag organisierten Podiumsdiskussion gesagt „Ich wollte, die SPD wollte auch“. Wer wollte nun wirklich von der SPD und warum wollten Sie?

Hänsch:

Ich wollte Politik machen und habe zweimal eine Kandidatur angestrebt. 1972 habe ich versucht für den Bundestag zu kandidieren. Das ist schief gegangen: Mir fehlten drei Stimmen, nach alter Schützenweisheit ist

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

„knapp vorbei auch daneben“. Danach kandidierte ich für den Landtag in NRW. Der Wahlkreis war nicht gewinnbar und mein Platz auf der Liste zu schlecht. Also ist auch das nichts geworden. Danach stellte sich allmählich heraus, dass es ein direkt gewähltes Europäisches Parlament geben würde. Eigentlich passte das Europäische Parlament auf mich viel besser als alles, was ich vorher versucht hatte. Es war international und etwas Neues. Von da an gab es für mich keinen Zweifel mehr, dass das für mich der richtige Weg sein würde. Ich habe es ganz ehrlich nicht mehr bedauert, dass es mit Bundestag und Landtag nichts geworden ist. Es mag so aussehen, aber es war wirklich keine bloße Kompensation oder Gratifikation dafür, dass ich zweimal ein Mandat verfehlt hatte.

Gehler:

Hatten Sie in der Partei auch Förderer, die Sie nennen würden?

Hänsch:

Nein, ich habe alles selbst gemacht. Ich war allerdings längere Zeit Vorsitzender der SPD im Kreis Mettmann geworden, damals ein sehr mitgliederstarker Kreis. Er war nicht so stark wie Duisburg, Essen oder Dortmund in NRW, aber er war eine politische Kraft. Und ich wurde als Vorsitzender von den Mitgliedern getragen. Regelrechte Förderer hatte ich eigentlich nicht. Johannes Rau hat nicht gesagt „Klaus Hänsch muss jetzt da etwas werden“, aber er hat es wohlwollend begleitet. Wenn er gesagt hätte „Den nehmt mal lieber nicht“, dann hätte er mich verhindern können. Dagegen wäre ich nicht angekommen.

Gehler:

Zu den Absichten im Jahre 1979: Sie hatten in Bochum bei der Podiumsdiskussion gesagt, ich zitiere: „Wir wollten Großes schaffen“. Was wollten Sie Großes schaffen? Können Sie dabei die Anfänge des direkt gewählten Europäischen Parlamentarismus aus Ihrer Erinnerung skizzieren?

Hänsch:

Für mich war es, weiß der Himmel woran das lag, keine Überraschung, dass dieses Europäische Parlament nichts zu sagen hat. Das wusste ich schon vorher. Manche Kollegen bemerkten es erst in Straßburg. Ich wusste

auch, dass es dabei nicht bleiben könnte, wenn dieses Parlament einen Sinn haben sollte. Das heißt: ich wollte aus diesem Parlament etwas machen. Damit war ich nicht alleine. Es gab eine ganze Reihe von Kolleginnen und Kollegen aus fast allen Fraktionen, die das auch wollten. Ich war damals der Überzeugung und bin es immer noch, dass die europäische Einigung eine nicht wiederkehrende Chance war, für Frieden und Sicherheit in Europa zu sorgen.

Gehler:

Wann haben Sie den Bedeutungswandel des Europäischen Parlaments von einer Beratungs- zu einer Entscheidungsinstitution verspürt? Wann bekamen Sie das Gefühl, dass dieses Europäische Parlament ernst genommen wird von anderen Organen der damaligen EG wie auch von der Außenwelt?

Hänsch:

Das ist ein Prozess. Deshalb will ich die Frage zuerst einmal generell beantworten. Der Durchbruch war Maastricht. Dieser Vertrag hat erstmals die Tür vom Beratungsparlament zum Entscheidungsparlament einen Spalt breit geöffnet. Vorher hatten wir zwar schon das eine und andere erreicht, z.B. die erste Ablehnung eines EG-Haushalts durch das Europäische Parlament. Aber Rat und Kommission hatten eigentlich noch nicht bemerkt, dass es ein Europäisches Parlament gab. Zum ersten Mal lernten sie bei der Ablehnung des Haushalts, dass man jedenfalls in diesen Fragen vielleicht doch besser mal mit dem Parlament redet. Dann haben wir mühsam in einem halben dutzend Einzelschritten versucht, Vereinbarungen zu treffen, die Rat und Kommission verpflichteten, wenigstens zur Kenntnis zu nehmen, was das Parlament machte und wollte. Befolgen mussten sie es ohnehin nicht. Der eigentliche Durchbruch war Maastricht, wobei klar war, dass dies nur der Anfang einer Entwicklung sein würde.

Gehler:

Sie haben von 1979, den ersten Direktwahlen des Europäischen Parlaments, angefangen bis 2009 in dieser Institution gewirkt. Das waren 30 Jahre europäischer Parlamentarismus. Wenn Sie, abgesehen von den Jahren Ihrer Präsidentschaft, auf die wir noch gesondert zu sprechen kommen, die-

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

se 30 Jahre Revue passieren lassen. Was waren aus Ihrer Sicht Höhepunkte, aber auch Tiefpunkte, die sich in Ihrer Erinnerung in Ihr Gedächtnis fest eingebrannt haben?

Hänsch:

Über einen Höhepunkt, der für uns bedeutend war, habe ich gerade gesprochen. Die erste Ablehnung des Haushalts mit einer deutlichen Mehrheit. Da ging es ja nicht nur um eine Sachfrage, sondern das Parlament wollte Muskeln zeigen, jedenfalls an einer Stelle, wo wir es konnten. Eine Rolle habe ich gespielt bei der Debatte, wie die Europäische Union weiter zu entwickeln wäre; mit einer Strategie der kleinen Schritte oder mit einer Strategie des großen Wurfs. Altiero Spinelli, eine der herausragenden Figuren der ersten Wahlperiode des Europäischen Parlaments, war ein klarer Verfechter des großen Wurfs, ich hingegen ein Verfechter der Strategie der kleinen Schritte. Wir haben nicht gestritten, weil das ja auch von uns nicht zu entscheiden war. Das Parlament akzeptierte mit großer Mehrheit meinen Bericht über die kleinen Schritte und mit der fast gleichgroßen Mehrheit Spinellis Version vom großen Wurf. Wenn die europäische Einigungsbe-
wegung drei Ursprünge hat, die historische mit Churchill, die pragmatische mit Monnet und eine idealistisch-moralische, die aus den Widerstandsbe-
wegungen hervorging, dann ist Spinelli der Protagonist der dritten Wurzel. Das verlieh ihm ein großes Prestige. Als Kommissar war er nicht besonders effektiv gewesen, aber in einem Parlament, in dem es auf Reden und Darstellung ankam, war er eine der beeindruckendsten Figuren. Ich selber bin vom Politischen Ausschuss, der damals nicht Außenpolitischer Ausschuss heißen durfte, weil es keine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik gab, 1983 zum ersten Berichterstatter des Europäischen Parlaments über die Beziehungen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den USA ernannt worden und einige Jahre später mit dem ersten Bericht über die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaft zur Sowjetunion. Das waren Schlüsseldokumente für die Entwicklung zur Europäischen Union, die Entwicklung des Parlaments und für die Voraussetzungen für die kommenden Erweiterungen. Da steht einiges drin, was immer noch für die Entwicklung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Beziehungen zu den USA und Russland zutrifft.

Gehler:

Von 1987 bis 1989 waren Sie Vorsitzender der Delegation des Europäischen Parlaments für die Beziehungen zu den USA. Man spricht damals erst von der EPZ, der Europäischen Politischen Zusammenarbeit, einem eher losen informellen Konsultationsrahmen, der noch keine Institutionalisierung im Sinne einer vertraglich verankerten Einrichtung gewesen ist. Im Grunde haben wir zu dieser Zeit eine vorembryonale oder embryonale Phase und nicht mehr.

Hänsch:

Das ist völlig richtig. Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik auf der Grundlage des Vertrages gibt es ja erst seit dem Vertrag von Amsterdam (in Kraft seit 1999). Der großen Mehrheit im Auswärtigen Ausschuss war klar, dass es in diese Richtung gehen müsste, dass es auch die Aufgabe des Parlaments sein musste, in diese Richtung zu drängen. Wir waren ja nicht irgendwelche Spinner oder Illusionisten. Da saßen ja Leute wie z.B. der ehemalige Außenminister und Ministerpräsident Italiens, Emilio Colombo, der ehemalige Ministerpräsident Mariano Rumor, da saß der ehemalige französische Staatssekretär, Maurice Faure, der die Römischen Verträge mit ausgearbeitet und unterzeichnet hat, der Belgier Leo Tindemans usw. Das war ein Areopag von älteren gestandenen Politikern, die Regierungen geführt und erkannt hatten, dass die Europäische Gemeinschaft auch eine außenpolitische Dimension haben muss.

Gehler:

Ich würde gerne noch eine Nachfrage zur Vertiefung stellen. Sie haben gesagt, Spinelli war sozusagen der „Big-Bang-Man“, ein Mann des großen Wurfs. Sie hatten eher die „pragmatisch sukzessive kleine Schritte Vorstellung“. 1984 ist ja der Verfassungsentwurf des Europäischen Parlaments, der so genannte Spinelli-Entwurf, verabschiedet worden. Manche sagen, wenn er auch nicht tel quel Realität geworden ist, finden wir in den folgenden Jahren einige Elemente dieses Verfassungsentwurfs in der Einheitlichen Europäischen Akte und was dann später in Maastricht vereinbart worden ist, hat durchaus einen Zusammenhang mit diesem Spinelli-Entwurf. Wie würden Sie diesen Richtungsstreit bzw. diese unterschiedli-

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

chen Methoden zwischen „kleine Schritte“ und „großer Wurf“ mit Blick auf die weitere Entwicklung beurteilen?

Hänsch:

Für diese Frage bin ich dankbar, weil sie mir Gelegenheit gibt, deutlich zu machen, dass es in den institutionellen Vorstellungen keinen Dissens zwischen Spinelli und mir gab. Der Dissens lag in der Strategie, mit der wir zum Ziel gelangen wollten. Spinelli wollte die Regierung praktisch umgehen. Er sagte „Mit den Regierungen kann man in der Europäischen Gemeinschaft nichts machen. Wir müssen uns mit dem, was wir machen direkt ans Volk wenden.“ Ich hielt das für illusionär, ja geradezu gefährlich. Man konnte sich doch nicht vorstellen, damals nicht und heute erst recht nicht, dass das Europäische Parlament die Europäische Union gegen den Willen der gewählten Regierungen voranbringen kann. Der Verfassungsentwurf, der nicht mehr von Spinelli zu Ende ausgearbeitet wurde, sondern von dem belgischen Kollegen Fernand Herman, wollte der Gemeinschaft die Kompetenzkompetenz zuerkennen. Mir war klar, dass das für Deutschland nach dem Maastricht-Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht mehr infrage kommen konnte. Darüber, wie das Parlament als Gesetzgeber gestärkt werden musste bei der „doppelten Legitimation“ der Gesetzgebung durch Rat und Parlament und bei der Rolle der Kommission, gab es bis auf Nuancen keinen Unterschied zwischen meinen Vorstellungen und dem Entwurf der Verfassung. Dass nicht nur das Parlament, sondern die Europäische Union als Ganzes gestärkt werden müsste, war Spinellis und meine Auffassung. Der Dissens lag tatsächlich in der Strategie und in der etwas abenteuerlichen Absicht, aus der EWG eine Union unter Umgehung der Regierungen zu machen.

Gehler:

Ich möchte noch einmal zurückgehen. Sie waren auch stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Europas in den Jahren von 1989 bis 1994 und von 1997 bis 2002. Die Dimension der transnationalen Parteienkooperation – gut, die sozialistische Internationale ist schon alt in der Geschichte – für die Christdemokraten gibt es diese eigentlich erst vergleichbar nach 1945: mit NEI, EUCD, EDU, EVP. Welchen

Stellenwert hatte eigentlich diese transnationale Parteienkooperation mit Blick auf den sich entwickelnden europäischen Parlamentarismus? Wie würden Sie den Einfluss von Parteivertretern jenseits der staatlichen Einrichtung der Behörden, der Ministerien, der Ressorts und in der internationalen Politik gewichten?

Hänsch:

Als gering.

Gehler:

Zu Ihrer Zeit? Wir sprechen jetzt von den 1980/1990er Jahren.

Hänsch:

Ich bleibe bei gering. Was hat denn stattgefunden? Es gab natürlich außerhalb des Europäischen Parlaments Parlamentariertreffen, z.B. haben sich deutsche und französische Sozialdemokraten und Sozialisten hin und wieder getroffen. Das war immer ein unverbindliches gegenseitiges Anhören. Das war gut und hat sicherlich das eine oder andere Missverständnis gar nicht erst aufkommen lassen oder, nachdem es entstanden war, ausgeräumt oder gemildert. Dass daraus wirklich gemeinsames Handeln erfolgt wäre, kann man nicht sagen. Was an Parteienkooperation mit politischer Relevanz stattgefunden hat, fand in der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament statt.

Gehler:

Möglicherweise stellt sich diese Frage für einen außenstehenden Staat, einen „latecomer“, anders als für einen Mitgliedsstaat, der schon Teil der Europäischen Gemeinschaften war und nicht mehr Lobbying betreiben musste, um Mitglied der Europäischen Gemeinschaften zu werden?

Hänsch:

Vielleicht war ich naiv, aber ich habe nie bemerkt, dass ein parteipolitisches Lobbying nötig war, jedenfalls nicht in Österreich, Finnland oder Schweden. Es hat Verhandlungen gegeben, in denen das eine oder andere geklärt werden musste, aber dass am Ende – und zwar nach relativ kurzer Zeit – der Beitritt stehen würde, stand nie auch nur einen Moment lang in

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Frage. Also musste man bei deutschen oder französischen oder dänischen Sozialdemokraten nicht dafür werben, dass nun die Österreicher doch bitte in die Europäische Union aufgenommen werden müssen.

Gehler:

Na ja, der Weg war nicht so hürdenlos: Jacques Delors war 1989 noch im Januar nicht so begeistert, als er von einem EWR sprach. Aber gut.

Hänsch:

Delors war eben etwas realistischer und dachte strategisch und taktisch schärfer als so mancher Erweiterungskommissar später. Es ist doch klar: Beitrittsverhandlungen sind internationale Verhandlungen und da sagt man am Anfang dem Gegenüber doch nicht „Alles ist gut, du, komm morgen rein“. Die Union hat schließlich auch eigene Interessen. Es mag ja sein, dass bei österreichischen Politikern der Eindruck entstanden ist, dass diese Zurückhaltung alles zum Scheitern bringen könnte, und das wäre natürlich auch der Fall gewesen, wenn Österreich exorbitante Vorstellungen von seinen eigenen Reservaten entwickelt hätte. Klar, das hätten wir dann nicht mitmachen dürfen. Aber ich habe es im Europäischen Parlament nie erlebt, dass irgendwann ein ernsthafter Schatten da war, dass es schief gehen könnte – außer als es hieß: „jetzt kommen die Österreicher auch noch mit ihrer Marillenmarmelade“.

Gehler:

Sie haben den deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl und den nachfolgenden Bundeskanzler Gerhard Schröder miterlebt und auch die SPD-Politiker Oskar Lafontaine und Rudolf Scharping. Können Sie etwas zu deren Europapolitik und ihrem Europaverständnis auf Regierungsspitzenebene, aber auch auf der innerparteilichen Ebene sagen?

Hänsch:

In der Zeit der ersten Spitzenkandidatur 1994 war das Europaverständnis in der Führung der SPD – sagen wir es freundlich – nicht besonders groß. Ich erinnere mich, dass Rudolf Scharping noch 1995 den Euro für „so eine Idee“ gehalten hat. Ich erinnere mich zudem an mehrere Streitgespräche mit Gerhard Schröder 1996/97, bei denen er sich als Euroskeptiker und

Gegner der Europäischen Währungsunion darstellte, jedenfalls zu dieser Zeit – später als Kanzler nicht mehr. Er hat praktisch vom Tage weg, an dem er Bundeskanzler wurde, begriffen, dass man in Deutschland vielleicht ohne Europa oder sogar gegen Europa Wahlen gewinnen kann, aber Deutschland nicht ohne oder gar gegen Europa regieren kann. Er hat sehr schnell, ja unglaublich schnell, ein Verständnis für Europa herausgebildet; für ein intergouvernementales allerdings. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ist unter deutscher Ratspräsidentschaft auf dem Kölner Gipfel in die Praxis umgesetzt worden. Es war die Bundesrepublik Deutschland unter Schröder, die den ersten Grundrechtekonvent in Gang gesetzt hat. Was Lafontaine anbelangt, so war er vielleicht zu dieser Zeit der Europaverständigste, aber er ist uns ja dann mitten im EU-Wahlkampf 1999 als Parteivorsitzender abhanden gekommen. Wenn man den Vorsitz einer Partei mitten im Wahlkampf wegwirft, zeigt das ja auch, dass man von der Sache, um die es geht, nichts hält.

Gehler:

Er hat auch noch als Minister das Handtuch geworfen.

Hänsch:

Das ist richtig. Aber mich als Spitzenkandidat interessierte natürlich nur, dass mitten im Wahlkampf der Parteivorsitzende weg war. Klar, die Aufgabe seines Ministeramtes war politisch relevanter, aber für mich als Spitzenkandidat war seine Flucht als Vorsitzender die entscheidende Frage.

Gehler:

Wie haben Sie die Europapolitik von Helmut Kohl in Erinnerung? Man muss sicher auch wieder zeitlich differenzieren. Der Kohl des Maastricht-Vertrags ist ein anderer als der des Amsterdamer-Vertrags, als die Lasten der Deutschen Einheit spürbarer geworden sind. Haben Sie einen Wandel aus der Sicht des Europäischen Parlamentspräsidenten beobachten können?

Hänsch:

Kohl war zu der Zeit, als ich ihn persönlich kennen lernte, bereits eine ausgewiesene europäische Autorität. Er hatte unter den Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat ein ungeheures Prestige. Dies war bei

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

allen Zusammenkünften zu spüren. Er konnte sich auch auf die Solidarität seiner Kollegen stützen. Das hatte er sich in den Jahren zuvor aufgebaut.

Kohl hat vielleicht am besten und am schnellsten verstanden, was notwendig war, um Frankreich für die Unterstützung der Wiedervereinigung zu gewinnen, nämlich durch die uneingeschränkte Zusicherung, dass das vereinigte Deutschland, ohne den geringsten Zweifel aufkommen zu lassen Mitglied des europäischen Einigungsprojekts bleibt. Das war eine der Voraussetzungen dafür, dass alles so relativ reibungslos abgelaufen ist, übrigens nicht nur für Westen, sondern auch für den Osten. Zur Wiedervereinigung wäre es, nachdem Gorbatschow sie nicht verhindern wollte, so oder so gekommen, aber sie hätte erhebliche Reibungen hervorgerufen, wenn es nicht die glaubwürdige unverbrüchliche Zusicherung gegeben hätte „wir bleiben dabei“.

Was mich als Parlamentspräsident für Kohl eingenommen hat, war schlicht und einfach der Umstand, dass er das Europäische Parlament zwar nicht für das Zentrum der europäischen Politik hielt, weit entfernt davon, es aber auf seine Weise ernst nahm. Und das ließ er mich auch spüren. Es war für ihn einfach ein Teil des Institutionengefüges in Brüssel. Er war eben nicht von der Sorte Politiker, die mit dem Parlament eigentlich gar nichts zu schaffen haben wollen, weil sie glauben, alles telefonisch zwischen London, Paris oder Berlin regeln zu können und diesen Irrtum dann teuer bezahlen. Als Präsident des Europäischen Parlaments wusste ich, dass ich für dieses Parlament bei Staats- und Regierungschefs nur etwas bewirken kann, wenn Helmut Kohl nicht dagegen ist. Er konnte nie alles durchsetzen was er wollte, aber er konnte alles verhindern was er nicht wollte. Ein „Nein“ von ihm wäre das Ende jeder Initiative gewesen, dem Parlament in dem einen oder anderen Feld etwas mehr Einfluss zuzuschancen. Ich bin, manchmal mit Augenzwinkern, manchmal auch offen, gefragt worden: „Sind Sie eigentlich noch Sozialdemokrat, wenn Sie immer mit dem Herrn Kohl so gut auskommen?“ Ich habe jedes Mal die Gegenfrage gestellt: „Warum sollte ich mit ihm einen Streit anfangen, bei dem ich innenpolitisch gar nichts gewinnen, aber in Europa alles verlieren konnte?“

Gehler:

Zwei Dinge stellen sich als Grundsatzfrage über die beiden großen Parteien im Europäischen Parlament, die Sozialdemokraten und die Christdemokraten. Noch einmal zum Europaverständnis, das, wie Sie sagten, Mitte der 1990er Jahre bei den führenden deutschen Sozialdemokraten nicht so ausgeprägt war. Hat es auch damit zu tun, dass die Sozialdemokraten traditionell eine internationalistische Partei, d.h. eigentlich über Europa hinaus auf globale Dimensionen abheben, während die CDU für sich ja mehr die „Europapartei“ zu reklamieren versuchte. Hat dies eine Rolle gespielt?

Hänsch:

Ich glaube nicht, dass das – positiv wie negativ – etwas mit dem Internationalismus der sozialdemokratisch-sozialistischen Bewegung zu tun hatte, sondern schlicht mit der Tatsache, dass erstens alle sozialdemokratischen Parteien eine nationale Entwicklung genommen haben. Das unterscheidet sie nicht von anderen. Zweitens haben die Sozialdemokraten im Prinzip immer den Staat als ein Instrument der Herstellung von sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit gesehen. Die Einigung Europas über die Marktwirtschaft ist ja eine Art von Entstaatlichung. Dieser Umstand machte es den Sozialdemokraten mit ihrer Vorstellung von der Rolle des Nationalstaates schwer, diese Union mit liberaler Ökonomie zu verstehen. Es hat lange gedauert, bis wir es verstanden haben, dass gerade wir als Sozialdemokraten eine stärkere soziale Dimension der Europäischen Union wollen, ja wollen müssen, und zwar nicht bloß wegen unserer Klientel, sondern auch wegen unseres eigenen Selbstverständnisses. Aber diese Auffassung hat sich erst in den letzten fünf bis zehn Jahren durchgesetzt. Unsere Antwort hätte nicht „weniger Europa“, sondern von Anfang an „mehr Europa“ sein müssen. Dass wir das politische Europa brauchen, ist inzwischen in der Sozialdemokratie selbstverständlich.

Gehler:

Habe ich Sie richtig verstanden? Diese Tendenz einer zunehmenden Entstaatlichung war im Grunde ein Dilemma für die SPD und ihr Sozialmodell.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Hänsch:

Ja.

Gehler:

Um den Gedanken weiter zu spinnen: durch die mehr und mehr staatliche Züge annehmende Europäische Union wird sie ja auch politischer, politisch fühlbarer und damit eigentlich auch zu einem interessanten Vehikel für die Sozialdemokratie.

Hänsch:

Ja natürlich. Wenn wir uns nicht völlig von dem lösen wollen, was wir über die Jahrzehnte vertreten haben, muss das die sozialdemokratische Vision für Europa sein.

Gehler:

Ich würde gerne auf die Zeit 1994 - 1997 zu sprechen kommen, als Sie Präsident des Europäischen Parlaments gewesen sind. Wie sind Sie das eigentlich geworden? Natürlich sind Sie gewählt worden, klarerweise, aber es gibt eine Vorgeschichte, die interessiert. Zweitens würde ich Sie fragen wollen: Das sind Jahre, in denen sich sehr viel verändert hat, denken wir nur an die Krise der Santer-Kommission. Da würde interessieren, wie Sie das Begehren nach Kollektivdemission durch das Europäische Parlament gesehen und bewertet haben.

Hänsch:

Ich muss vor der Wahl ein erhebliches Prestige angesammelt haben durch das, was ich im Parlament gemacht habe und wohl vor allem wie ich es gemacht habe. Eigentlich wollte ich zu diesem Zeitpunkt noch nicht Präsident werden. Nicht, weil ich mir das nicht zugetraut habe, sondern weil ich dachte: Unmittelbar nach dem Deutschen, Egon Klepsch, gleich wieder ein deutscher Präsident – und sei es ein Sozialdemokrat – das wird nichts. Ich habe dann im Vorfeld der Wahl aber sehr schnell gemerkt, dass das ein Fehlschluss war. Gut, es gab die Absprache zwischen der EVP und den Sozialisten, aber die hätten ja auch Absprachen mit anderen Fraktionen über andere Kandidaten treffen können.

Gehler:

Gab es Gegenkandidaten?

Hänsch:

Es gab einen Liberalen als Gegenkandidaten. Mein Vorsprung im ersten Wahlgang war enorm. Ich erinnere die Zahl meiner Stimmen genau, weil es die Zahl der Tage eines Jahres ist, 365. Wenn ich es richtig im Kopf habe, hatte mein Gegenkandidat rund 70 Stimmen. Einen solchen Vorsprung hat es vorher und auch seither nicht mehr gegeben. Die Kollegen meinten wohl tatsächlich, ich sei der Richtige.

Gehler:

Haben Sie dieses Faktum, zwei deutsche Präsidentschaftskandidaten und Präsidenten nacheinander, auch als „Deutschland ist nun definitiv angekommen in dieser Europäischen Union“ gewertet, d.h. „Wir sind ein glaubwürdiger verlässlicher Partner“?

Hänsch:

Nein. Das war vorher schon gegeben. Ich sage schlichtweg in aller Unbescheidenheit: Die Person spielte die Hauptrolle. Sie haben mich gewollt.

Gehler:

Es stellt sich die Frage, weil 1989/90 die Entwicklung zur deutsch-deutschen Einigung aus der Wahrnehmung der Europäer durchaus nicht als selbstverständlich anzusehen war.

Hänsch:

Ich bin ja erst 1994 Präsident geworden. Ich glaube nicht, dass das eine Rolle gespielt hat, höchstens indirekt. Aber in der innerparlamentarischen Diskussion und der Diskussion meiner eigenen Fraktion im Zuge der Herstellung der deutschen Einheit und der Bedingungen, die dafür erfüllt werden mussten, habe ich 1989/90 schon eine anerkannte Rolle im Parlament gespielt. Ich war der erste, der gesagt hat, dass es zur Wiedervereinigung kommt – schon vor dem Mauerfall. Ein Teil meiner SPD-Kollegen konnte ja damals der Wiedervereinigung nichts abgewinnen. Ich war der erste von den Deutschen, der gesagt hat: es muss nicht nur das vereinigte Deutsch-

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

land in der Union bleiben – das war doch fast selbstverständlich – sondern auch, dass die Oder-Neiße-Grenze die endgültige Grenze ist. Dafür haben Kohl und andere im Zuge der Verhandlungen etwas länger gebraucht. Wenn Sie das Problem Wiedervereinigung Deutschlands ansprechen, hatte ich wohl einen Prestigevorsprung durch die Art, wie ich die uralte Deutsche Frage den Kolleginnen und Kollegen erklärte.

Gehler:

Ich habe kurz die Demission der Kommission Santer angesprochen, die maßgeblich auf das Europäische Parlament zurückzuführen war, das Druck ausgeübt hat. Wie haben Sie diesen Vorgang, der historisch einmalig in der Geschichte des europäischen Parlamentarismus war, in Erinnerung?

Hänsch:

Das Parlament hat aus meiner Sicht, ich war damals wieder stellvertretender Fraktionsvorsitzender, richtig gehandelt. Als sich herausstellte, dass die Vorfälle, die im Zuge der Haushaltsentlastungsdebatte ans Licht kamen, nicht bloß technischer Art sind, wie sie eigentlich bei jeder Haushaltskontrolle aufgedeckt werden, sondern dass sie einen tieferen organisatorisch politischen Hintergrund hatten, wollte ich die Gelegenheit nutzen, um zu zeigen, dass das Parlament die Kommission stürzen kann. Ich hatte damals einen schweren Konflikt mit meiner Fraktionsvorsitzenden, der britischen Kollegin Pauline Green. Sie wollte den Konflikt dämpfen, ich wollte ihn dramatisieren. Gegen den Willen aus London und gegen den Willen des Bundeskanzlers wollte ich ein Misstrauensvotum, um die Kommission zu entlassen. Das ist mir ja leider nicht geglückt. Die Gründe dafür, dass die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht zustande kam, waren parteipolitische Solidaritäten, nationale Solidaritäten und vor allen Dingen Druck aus London und Paris. Das Kollegialitätsprinzip der Kommission werde dabei zerstört. Auch Berlin wollte aus anderen Gründen kein Misstrauensvotum. Kommissionspräsident Santer hätte das Parlament ins Leere laufen lassen können, wenn er die Kommissarin Edith Cresson entlassen hätte. Das tat er nicht, also musste der gesamten Kommission das Misstrauen ausgesprochen werden. Als ein vom Parlament eingesetztes Komitee unabhängiger Experten feststellte, dass alles viel schlimmer war als angenommen, er-

kannte Santer, dass die Kommission einen erneuten Misstrauensantrag im Parlament nicht überstehen würde. Sie trat zurück. Wir hatten erreicht, was wir wollten, allerdings nicht so wie wir es wollten. Das Parlament hätte zeigen sollen, dass es die Kommission per Misstrauensvotum entlassen kann. Bei der Einsetzung von Santers Nachfolger Romano Prodi setzte er durch, dass er sich schriftlich von den einzelnen Kommissaren zusichern ließ, dass sie zurücktreten würden, wenn er sie dazu aufforderte. Das Parlament hat mit dieser Zusicherung ein Stück Einfluss dazu gewonnen.

Gehler:

In weiteren Entscheidungsphasen der europäischen Integration – so scheint es – spielt die Kommission keine herausragende Rolle mehr. Gibt es hierfür Evidenz?

Hänsch:

Ein Beispiel will ich herausgreifen, nämlich die Rolle der Kommission im Konvent. Diese Chance hat sie selber durch eine völlig abstruse Strategie verspielt, indem sie sich erst nicht auf eine gemeinsame Linie einigen konnte, obwohl sie mit zwei Kommissaren im Präsidium saß. Sie kam mit ihrem Vorschlag in einer Phase, in der der Konvent kurz davor war, einen eigenen Entwurf vorzulegen. Das wurde als Störmanöver interpretiert. Ich will gar nicht behaupten, dass es beabsichtigt war. Ihr Vorschlag im Dezember 2003, nach neun Monaten Konventsarbeit, enthielt abseitige Details. Dass sie im Konvent keine Rolle gespielt hat, hatte sie sich selbst zuzuschreiben. Dafür haben nach dem Konvent bestimmte Kommissare und eine Reihe hoher Beamter in einer nur schwer erträglichen Illoyalität an dem Konventsergebnis herumgemäkelt. Sie bemängelten die veränderte Rolle der Kommission zwischen den Institutionen. Die musste aber verändert werden, da die Union keine Wirtschaftsgemeinschaft zur Herstellung eines Binnenmarktes mehr ist, sondern eine politisch gesellschaftlich entscheidende Europäische Union, die durch ihre Gesetzgebung im Bereich Umweltschutz, Verbraucherschutz usw. gesellschaftlich wertende Entscheidungen trifft. Die Kommission spielt dabei durch ihr Initiativrecht eine wichtige Rolle. Dass das eine politische Rolle ist, hat die Kommission

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

unter Prodi überhaupt nicht begriffen. Das hat vielleicht der eine oder andere Kommissar verstanden, aber nicht die Kommission als Gremium.

Gehler:

Ich würde gerne noch einmal auf Ihre Zeit als Präsident eingehen. Das ist ja ein Parlament, das sich im Zuge der Erweiterung verändert, d.h. es kommen neue Mitgliedsländer in die Europäische Union, die neue Selbstverständnisse und andere Traditionen mit Blick auf Parlamentarismus, Demokratie etc. mitbringen. Wie haben Sie dieses Jahr 1989 in seinen mittel- und langfristigen Folgen aber auch noch das Jahr 2004 mit seinen mittelfristigen Folgen erlebt? Damals waren Sie Parlamentsangehöriger und nicht mehr Präsident. Was hat sich in diesen Jahren aus Ihrer Sicht mit Blick auf den europäischen Parlamentarismus verändert? Wenn Sie wesentliche Veränderungen benennen müssten aus Ihrer Erfahrung; neue Menschen, neue Mitgliedsländer, neue Kulturen, neue Traditionen. Wie hat sich das Profil des Europäischen Parlaments in seinen Ausrichtungen, der Debatte und den Inhalten verändert?

Hänsch:

Das ist schwer auf einen Nenner zu bringen. Schauen wir zunächst einmal auf Österreich, Schweden und Finnland und dann auf die gesamte Osterweiterung. Ich habe ja auch vorher schon Erweiterungen erlebt im Parlament: zunächst Griechenland. Bei Spanien und Portugal war ich Generalberichterstatter. Jeder Beitritt hat das Parlament wie auch die gesamte Europäische Union verändert. Es kam jedes Mal etwas Neues mit eigenen Traditionen, Perspektiven und Motiven hinzu. Das wirkt sich aus. Nun ist das Europäische Parlament allerdings eine große Sozialisationsmaschine, d.h. nach einer gewissen Zeit merkt man es gar nicht mehr, dass es sich verändert hat. Der Dreierbeitritt Schweden, Finnland und Österreich war innerhalb von kurzer Zeit kompensiert. Am schwierigsten waren die schwedischen Kollegen. Bei ihnen gab es zwar keine Kooperationsverweigerung, aber doch Kooperationszurückhaltung. Die Finnen und Österreicher waren von Anfang an voll dabei. Dennoch blieb nicht alles beim Alten. Die Argumentation und die Akzente, die in der Diskussion gesetzt wurden, veränderten sich, übrigens auch der geographische Gesichtskreis.

Natürlich hat der Beitritt Spaniens und Portugals eine Auswirkung darauf gehabt, wie man im Europäischen Parlament auf Lateinamerika geblickt hat. Natürlich hat sich durch Finnland und Österreich – ich lasse die Schweden in diesem Fall bewusst weg – der Blick nach Osten, auch nach Südosten und dem Balkan verändert.

Mit der großen Osterweiterung ist das alles noch einmal in einer sehr viel größeren Dimension und auch mit sehr viel größeren Unterschieden geschehen. Es macht sich natürlich bemerkbar, dass diese Länder fünfzig Jahre lang von der Entwicklung des freien Europa abgeschnitten waren. Sie waren einem anderen Gesellschaftssystem verpflichtet und aus eigener Kraft Demokratien geworden. Das wird ja häufig leichtfertig übersehen. Aber sie hatten eben nicht jene europäische Erfahrung der 1950er und 1960er Jahre, des Heranwachsens und notwendigen Zusammenwirkens europäischer Staaten. Die Neigung, nationale Gesichtspunkte nicht nur einzubringen – das machen wir ja alle, auch die so genannten Alteuropäer – sondern sie auch als nationale Gesichtspunkte zu akzentuieren, hat sich deutlich verstärkt. Es stimmt auch, dass die osteuropäischen Staaten als neue Mitgliedsstaaten, eine andere Sicht auf Russland als die westlichen Staaten haben. Das ist verständlich und es wirkt sich natürlich auf die Debatten und die Positionen des Europäischen Parlaments aus. Nur – da bin ich sozusagen Altpräsident – so ist das nun einmal, wenn man ein größeres Europa will und das wollten wir ja. Damit müssen wir nun zurecht kommen. Das wird länger dauern als es beim Dreierbeitritt Österreich, Finnland und Schweden oder bei Spanien und Portugal der Fall war. Aber es wird gelingen, da bin ich sehr zuversichtlich.

Gehler:

Sie haben mehr nationale Interessen, natürlich auch mehr Interessen überhaupt, und das Verhältnis zu Russland durch die neu hinzugekommenen Mitglieder im Europäischen Parlament erwähnt. Ist es nicht auch verfahrenstechnisch viel komplizierter, schwerfälliger durch mehr Abgeordnete geworden? Dieses Parlament hat ja heute über 700 Abgeordnete, das kann man sich ja aus der Sicht des Österreichischen Nationalrates oder Deutschen Bundestages kaum mehr vorstellen. Ist es schwieriger geworden, et-

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

was durchzusetzen? Man argumentiert ja, die Europäische Union habe sich jetzt schon mit diesen neuen Mitgliedern überladen. Wie sehen Sie das?

Hänsch:

Ich habe nicht den Eindruck, dass es technisch relevant schwieriger geworden ist. Klar, wir arbeiten statt mit 14 jetzt mit 23 Sprachen. Das ist ein zusätzlicher Aufwand an Übersetzung und Verdolmetschung. Er ist notwendig, wirkt sich aber nicht effektivitätsverhindernd oder verkomplizierend aus. Was die Zahl der Sitzungen oder die Größe der Sitzungssäle angeht, haben wir uns schlichtweg angepasst. Auch das ist eine technische Frage.

Größere Schwierigkeiten als die technischen Probleme machen die unterschiedlichen Vorstellungen von Parlamentarismus oder die Art der Interessenunterschiede, mit denen wir es in der größeren Union zu tun haben. Aber die Solidarisierungsmaschine Europäisches Parlament macht ihre Arbeit. Wer gewählt ist, will mitarbeiten, jedenfalls war das bisher für die ganz große Mehrheit der Neuen so. Wenn man mitarbeiten will und seine eigenen nationalen Interessen einbringen will – wir sind ja alle in unseren Mitgliedsstaaten gewählt – und in den Beschlüssen etwas von seinen Interessen wieder finden will, weiß man, dass niemand im Europäischen Parlament, keine politische Formation und keine politische Nationalität, für sich alleine eine Mehrheit hat. Jeder kann von seinen nationalen, deutschen, polnischen, britischen oder französischen Interessen nur dann etwas durchsetzen, wenn er Verbündete findet. Verbündete findet nur, wer versteht, dass der andere auch Interessen hat. Da wir mit Mehrheit abstimmen und nicht auf das „Ja“ des letzten warten müssen, funktioniert das - manchmal mit Ächzen und Krächzen, aber es funktioniert. Auf der anderen Seite ist die Arbeit dadurch, dass wir keine nationalen Fraktionen haben und die Fraktionen in ihrer politischen Familie nicht so fest gefügt sind, wie wir das aus den nationalen Parlamenten kennen, im Europäischen Parlament auch spannender. Niemand kann sich darauf verlassen, dass es eine feste Regierungsmehrheit gibt, die alles durchsetzt, oder eine Oppositionsminderheit, die nichts erreicht. Die Chancen eines Entwurfs und die Gefahr des Scheiterns sind größer als in den nationalen Parlamenten. Das macht es spannender.

Gehler:

Während Ihrer Zeit als Präsident im Europäischen Parlament ist der Vertrag von Amsterdam 1997 ausgehandelt und unterschrieben worden, in Kraft trat er 1999. Dieser Vertrag spielt im historischen Rückblick auf die bisherigen Verträge, Rom, Maastricht, Nizza oder Lissabon nicht so eine prominente Rolle. Ist diese Einschätzung gerechtfertigt? Wie haben Sie die Entstehung dieses Vertrages nach Maastricht als Präsident des Europäischen Parlaments erlebt?

Hänsch:

Sehr intensiv, weil es in der Vorbereitung der Regierungskonferenz von Amsterdam darum ging, wie das Europäische Parlament beteiligt wird. Wir hatten ja in Maastricht erreicht, dass wir anschließend an jede Sitzung der Regierungskonferenz informiert wurden. Das war uns zu wenig. Es gab Kolleginnen und Kollegen, die der Meinung waren, das Parlament müsse mit am Verhandlungstisch der Regierungen sitzen. Ich hielt das nicht nur für unmöglich, sondern auch für falsch. Wir sind ja keine Regierung. Wenn man nicht am Verhandlungstisch sitzt, muss man versuchen, die Vorbereitung der Verhandlungen zu beeinflussen, also an den Papieren mit zu arbeiten, die den Ministern oder Regierungschefs vorgelegt werden, als selbst am Verhandlungstisch zu sitzen. Das war meine Entscheidung. Wir haben die französische Kollegin Elisabeth Guigou, die später Justizministerin in Frankreich wurde und Elmar Brok, deutscher EVP-Abgeordneter, als Beobachter mit Rederecht in die Vorbereitungsgremien geschickt. Die beiden haben dort eine hervorragende Arbeit geleistet. Sie haben praktisch alle Entscheidungen von Amsterdam intensiv vorbereitet. Sie haben nicht mitbestimmt, aber mit einer kohärenten vom Parlament vorgegebenen Grundlinie doch Einfluss ausgeübt. Das hat zu den beiden großen Fortschritten im Vertrag von Amsterdam geführt. Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik wurde in den Vertrag einbezogen – eine alte Forderung des Parlaments. Und – für mich als Parlamentspräsident noch wichtiger – das Parlament erzielte den Durchbruch bei der Verstärkung seiner Gesetzgebungsrechte. In Maastricht hatte sich die Tür einen Spalt geöffnet, in Amsterdam sind wir hindurchgegangen. Was wir heute an Parlamentsrechten haben, dass wir etwa gut zwei Drittel der europäischen Rechtssetzung mi-

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

tentscheiden, hat der Amsterdam-Vertrag gebracht. Warum das wenig beachtet wurde, ist relativ leicht zu beantworten: Er war nicht kontrovers, jedenfalls nicht in dem Maße, in dem der Vertrag von Maastricht durch die Währungsunion kontrovers war, oder wie Nizza kontrovers war durch das quasi Scheitern der Vertragsreform. Wenn es tatsächlich in Europa funktioniert, dann redet leider keiner darüber.

Gehler:

Mit Amsterdam es ist ja doch einiges verändert worden. Schengen wird Rechtsbestand der Europäischen Union, militärische Kampfeinsätze werden mit Inkrafttreten des Amsterdam-Vertrages durch die „battlegroups“ möglich, jedenfalls wurden die Neutralen gezwungen, ihre Neutralität zu überdenken und neu zu definieren. Und es kommt zu mehr qualifizierter Mehrheitsabstimmung in einzelnen Bereichen.

Hänsch:

Wenn das Parlament mehr Rechte bekommt, dann ist das immer mit dem Übergang von Einstimmigkeit zu Mehrheitsentscheidung verbunden. Wenn ich sage „mehr Rechte fürs Parlament“, bedeutet das, dass auf den Feldern, auf denen das Parlament Rechte bekommen hat, gleichzeitig im Rat Mehrheitsentscheidungen eingeführt wurden. Das ist übrigens auch im Verfassungsvertrag oder Vertrag von Lissabon noch so.

Gehler:

Wie stehen Sie persönlich und auch Ihre Partei zur Erweiterung der Europäischen Union auf mittlerweile 27 Länder? Ist diese durchweg zu begrüßen oder muss man das auch kritisch sehen? Wo gibt es Grenzen, gerade auch mit Bezug auf die wachsende Komplexität der Union? Ist es ein Problem für die Zukunft? Sind Versäumnisse geschehen?

Hänsch:

Meine Position in dieser Frage deckt sich nicht ganz mit der meiner Partei. Ich bin der Überzeugung, dass die europäische Einigung und damit die Europäische Union Grenzen haben muss. Für mich hat die Erhaltung der Europäischen Union als Union, als politischer Solidarverband, Vorrang vor allem anderen. Die Union muss mehr sein als eine Freihandelszone. Es

ergibt sich aus dem, was ich gerade zur Sozialdemokratie gesagt habe, aber auch aus dem, was europäische Einigung überhaupt ausmacht: Friedenssicherung und Handlungsfähigkeit nach außen. Dafür braucht sie Grenzen. Sie darf sich nicht durch Erweiterung selbst zerstören oder zu einer Freihandelszone zurückentwickeln. Die Aufnahmefähigkeit der Union ist wichtiger als die Beitrittsfähigkeit eines neuen Staates.

Daraus ergeben sich unterschiedliche Perspektiven für die Länder um die Europäische Union herum. Wir werden Kroatien nach erfolgreichem Abschluss der Beitrittsverhandlungen aufnehmen. Es wird etwas länger dauern als sich das die Kroaten vorstellen, aber es wird kommen. Ich bin auch dafür, dass wir die Beitrittsperspektive für Mazedonien, Serbien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Kosovo aufrechterhalten. Die Union muss aber anders als bisher immer darauf drängen, dass die Beitrittskriterien einhundert prozentig vor dem Beitritt erfüllt sein müssen. Es ist ein Fehler, der sich bei den vergangenen Beitritten eingeschlichen hat, schon geringfügig bei der Osterweiterung und ziemlich stark bei Rumänien und Bulgarien, dass der Beitritt nicht nach der Erfüllung der Kriterien, sondern damit sie erfüllt werden, erfolgte. Wenn wir diesen Trend beibehalten, dann ist es das Ende der Europäischen Union. Was die Türkei anbelangt sage ich Ihnen: Die Europäische Union ist nicht und wird nicht so aufnahmefähig sein, dass sie die Türkei verkraften könnte. Das gilt auch für die Ukraine und den gesamten Bereich des kaukasischen Raums, auch für Moldawien.

Gehler:

1999 wird die Türkei Kandidatenland. Das heißt noch nicht, dass man mit ihr verhandelt, das ist erst später der Fall. In Helsinki traf man einen Entschluss. Der hatte einen Vorlauf. Wie haben Sie die Debatte dieses Themas und dessen Behandlung im Vorfeld von Helsinki als Parlamentspräsident erlebt?

Hänsch:

In meine Zeit als Parlamentspräsident fiel das Zollabkommen mit der Türkei. Die Kommission hatte es im Auftrag der Regierungen ausgehandelt und die Regierungen hatten es unterschrieben. Als ich meinen Antrittsbesuch bei Chirac machte, der im Mai 1995 neu gewählt worden war, hatten

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

wir uns noch gar nicht auf das Sofa in seinem Arbeitszimmer gesetzt, als er sagte: „Jetzt müssen Sie aber das Zollabkommen mit der Türkei ratifizieren.“ Ich sagte: „Herr Präsident, das geht aber nicht so schnell. Wir haben noch nicht einmal den Text, den müssen wir erst einmal haben, dann folgen die Ausschüsse, usw.“ Er erwiderte: „Ja, das müssen Sie ganz schnell machen. Clinton hat mich gerade angerufen, das muss jetzt ganz schnell gehen.“ Es hat immer amerikanischen Druck gegeben, die Türkei aufzunehmen.

Ich habe mich massiv dafür eingesetzt, dass das Zollabkommen im Parlament ratifiziert wird. Nicht wegen Clinton, auch nicht wegen Chirac. Vielmehr habe ich mir gesagt, dass dieser erste Anwendungsfall von Maastricht, in dem das Europäische Parlament in einer außenpolitischen Entscheidung etwas zu sagen hat, mit Augenmaß behandelt werden muss. Im Dezember 1995 musste ich nämlich zu den Staats- und Regierungschefs gehen und die Beteiligung des Parlaments an den Vorbereitungsgremien für die Vertragsreform von Amsterdam mit dem Ziel fordern, mehr Rechte für das Parlament in der Mitentscheidung über die Gesetzgebung zu bekommen. Der Tag der Entscheidung über das Zollabkommen war der 13. Dezember. Der Tag an dem ich vor den Europäischen Rat treten musste war der 15. Dezember. Wäre ich dort mit der Ablehnung der Zollunion aufgetreten und hätte zugleich mehr Rechte fürs Europäische Parlament gefordert, hätten mich die Regierungschefs gleich nach Hause geschickt. Es war meine Aufgabe – Türkei hin, Türkei her – dafür zu sorgen, dass aus dem ersten Anwendungsfall des parlamentarischen Zustimmungsrechts nicht gleich ein Fiasko für die Erweiterung der Parlamentsrechte wurde.

Es gab auch parlamentarisch-taktische Fragen. Die türkische Ministerpräsidentin Tansu Ciller wollte für den Vertrag unbedingt im Europäischen Parlament reden. Das kam für mich nicht in Frage. Hätte sie geredet und anschließend wäre das Abkommen ratifiziert worden, hätte es geheißen, wir beugten uns türkischem Druck. Im Übrigen hat Frau Ciller nicht eines ihrer Reformversprechen gegenüber dem Parlament gehalten.

Ich komme zu Ihrer Frage zurück, die sich nicht nur auf meine Präsidentschaft bezieht. Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union haben die Türkei jahrelang mit einem entwürdigenden Zynismus behandelt. Sie haben

immer gesagt: „Ihr könnt beitreten, wenn ihr Reformen durchführt“ und haben im Grunde alle miteinander – um Klartext zu reden – gehofft oder erwartet, dass die Türkei diese Reformen niemals schafft. Von 1964 an haben sie 40 Jahre damit Recht behalten, bis die Türkei unter der neuen Regierung Erdogan tatsächlich einen Reformprozess begann. Ich glaube nicht, dass die Europäische Union jemals in der Lage sein kann, die Türkei als Vollmitglied zu verkraften. Noch vor fünf Jahren gab es im Europäischen Parlament eine klare Mehrheit für einen Beitritt der Türkei. Heute gibt es vielleicht noch eine knappe Mehrheit, aber sie schmilzt immer weiter dahin. Die Kolleginnen und Kollegen merken, dass dieses Land für die Europäische Union nicht verkraftbar ist und dass keine institutionelle Struktur denkbar ist, bzw. von den Mitgliedsstaaten akzeptiert wird, die dazu führt, dass ein Land wie die Türkei aufgenommen werden könnte.

Gehler:

Sie haben wiederholt amerikanischen Druck festgestellt, die Türkei-Frage zu behandeln, sie als Verhandlungspartner zu akzeptieren und darauf zu drängen, die Türkei in die Europäische Union aufzunehmen. Was sind aus Ihrer Sicht die Gründe für das amerikanische Bestreben, hier Druck zu machen?

Hänsch:

Ich weiß nur, dass die USA bei allem Wohlwollen gegenüber Europa die Europäische Union und die Ziele der Europäischen Einigung nie richtig verstanden haben. Die Administration hat sie im Grunde nicht nur nicht verstanden, sondern eher auch mit Skepsis gesehen nach dem Motto: „Macht mal“, in der Hoffnung, dass wir nicht machen. Sie weiß natürlich, dass mit einer funktionierenden Außen- und Sicherheitspolitik, mit einer eigenständigen Europäischen Union das amerikanische Monopol der Darstellung des Westens weg ist. Das sehen sie nicht gerne, was ich aus amerikanischer Sicht verstehen kann, aber das ist ja nicht meine, die europäische Sicht.

Gehler:

Das heißt sicherheitspolitische, geostrategische Motive sind hier im Vordergrund.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Hänsch:

Geostrategische Überlegungen, die sich in einem Satz zusammenfassen lassen. Eine Europäische Union mit der Türkei und in der Folge unweigerlich auch mit der Ukraine, Georgien und Armenien, die man nicht ablehnen kann, wenn man der Türkei zugestimmt hat, wird zu einem geostrategischen Raum. Ein geostrategischer Raum ist aber ein Objekt und kein Subjekt der Politik.

Gehler:

Ich würde gerne auf eine Zeit zu sprechen kommen, die Sie auch intensiv miterlebt haben. Man spricht vom Konstitutionalisierungsprozess, sagen wir einfach Konvent zur Zukunft der Union, dann heißt er Verfassungskonvent. Sie waren, wenn ich es richtig sehe, auch Teil des Präsidiums und sind in weiterer Folge auch als Parlamentarier Teil der Regierungskonferenz über den Verfassungsvertrag gewesen. Wir sprechen über die Jahre von 2002 bis 2003, 2004, eine der spannendsten Phasen. Hätte Spinelli noch gelebt, hätte er vermutlich jubiliert, weil hier ein Projekt wieder angeschoben wurde, eine Verfassung für Europa, von der er geträumt hat, wenngleich Kritiker sagen, es sei keine Verfassung, sondern nur ein völkerrechtlicher Vertrag. Was hat eigentlich zu dieser Initiative geführt? Was bewegte die europäischen Staats- und Regierungschefs so etwas in Gang zu setzten?

Hänsch:

Ihr eigenes Versagen in Nizza. Sie wussten doch in Nizza im Dezember 2000, dass sie eigentlich für die Osterweiterung eine Grundlage legen mussten, möglichst bevor die neuen Länder beitreten und dabei haben sie versagt. Sie haben ja selbst noch in Nizza beschlossen und schriftlich festgelegt, dass bestimmte Fragen noch geregelt werden müssen, die so genannten „left overs“. Das waren im Grunde schon „left overs“ von Amsterdam, die aufzuarbeiten sie auch in Nizza nicht imstande waren. Immerhin waren sie ehrlich genug, ihr Scheitern einzugestehen.

In der Folge von Nizza und mit Blick auf die kommende Erweiterung hat es schlichtweg Druck gegeben, nicht nur aus dem Europäischen Parlament, sondern auch aus einer ganzen Reihe von Regierungen, die Europäische

Union auf eine neue Grundlage zu stellen. Johannes Rau hat als Bundespräsident im Parlament geredet, Carlo Azeglio Ciampi als italienischer Staatspräsident und eine Reihe weiterer Staatsmänner. Das Parlament selbst hat sehr frühzeitig aufgerufen, die Erfahrung des Grundrechtekonvents zu nutzen und einen neuen Konvent einzuberufen. Eine Rolle hat auch die Rede von Joschka Fischer an der Humboldt-Universität gespielt, die man zwar im Einzelnen ziemlich kritisieren kann, die aber in der Grundintention durchaus weiterführend war. Sie hat dazu beigetragen, dass die Regierungschefs, wissend, dass sie ein Problem haben, das sie selbst nicht mehr lösen können, es mit einem Konvent versuchen wollten. Dass in der einen oder anderen Amtsstube der eine oder andere gedacht haben mag: „Na ja, lass den Konvent mal machen, er wird sowieso scheitern“, habe ich mir damals nur gedacht, inzwischen weiß ich, dass es so war. Die Staats- und Regierungschefs haben ihn, zumindest am Anfang, nicht ernst genommen. Vielleicht dachten sie an eine Beschäftigungstherapie, damit das Geschrei nach einer Verfassung endlich aufhört. Wie auch immer – das Zustandekommen des Konvents hat es erleichtert.

Gehler:

Wenn man sich die Zusammensetzung des Konvents ansieht, so ist ein Befund bemerkenswert. Es sind von allen Institutionen Vertreter nominiert. Wir haben Vertreter des Europäischen Parlaments, der nationalen Parlamente, der Kommission etc. Bei genauer Betrachtung der Zusammensetzung wird deutlich, dass die Parlamentarier überwiegen. Wenn man sich die Parlamentarier für sich genommen ansieht, überwiegen die nationalen zahlenmäßig vor den Europaparlamentarierern. Ist das eine Konzession gewesen? Wie ist der Hintergrund für diese Zusammensetzung zu erklären?

Hänsch:

Das ist ganz gewiss nicht eine Art Kompensation gewesen. Da bin ich sehr sicher. Hier spielte schlichtweg die kühle Überlegung eine Rolle, was auch immer und von wem auch immer vorgeschlagen wird, muss in den nationalen Parlamenten ratifiziert werden. Also war es klug, die nationalen Parlamente von Beginn an zu beteiligen. Wie stark war dann bloß noch eine Rechenaufgabe. Man musste wenigstens zwei Abgeordnete aus jedem nati-

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

onalen Parlament in den Konvent schicken – also 30. Es wäre unvernünftig gewesen, zu den 30 nationalen Parlamentariern und auch noch 30 Europa-abgeordnete zu gesellen. Man entschied sich für die Hälfte plus eins, also 16. Ohne die Regierungen und ohne ihre Zustimmung konnte im Anschluss an den Konvent nichts durchgesetzt werden also saßen die 15 Regierungen mit je einem Vertreter im Konvent. Es ging jenen, die den Konvent konzipiert haben darum, nicht ein Gremium zu schaffen, das sich in einem Luftschloss versammelt, sondern das etwas zustande bringt. Das war der Grund für die Art von Zusammensetzung, nicht eine Kompensation.

Gehler:

Ich habe das als Außenstehender mal vorsichtig so zu verstehen versucht. Aber das kann man mit der Innenlogik durch eine Befragung klären. Der Konvent hat den Staats- und Regierungschefs nicht den Gefallen getan, mehrere Vorschläge auszuarbeiten nach dem Motto „sucht euch aus welchen ihr wollt“, sondern nur einer sollte vorgelegt werden.

Hänsch:

Das war eine Leitentscheidung des Präsidiums.

Gehler:

Das Präsidium des Konvents setzte sich zusammen aus den Spitzen: ein Großstaatenvertreter Valéry Giscard d'Estaing, ein Mittelstaatsvertreter Giuliano Amato und ein Kleinstaatenvertreter Jean-Luc Dehaene. Der eine Franzose, der andere ein Italiener und der letzte ein Belgier. Wie haben Sie diese drei Präsidenten des Verfassungskonvents erlebt?

Hänsch:

Zuerst gab es Reibungen zwischen den dreien, vor allen Dingen zwischen den zwei Vizepräsidenten und d'Estaing. Das hat sich aber sehr schnell abgeschliffen, Giscard d'Estaing erwies sich auch als ein außerordentlich lernfähiger aber auch führungsfähiger Präsident. Die Vorurteile und Klischees, die über ihn in der Öffentlichkeit in den Medien und auch von manchen Mitgliedern des Konvents verbreitet wurden, sind schlichtweg falsch. Natürlich wollte er den Konvent führen, was denn sonst! Wenn er das nicht gewollt hätte, dürfte er sich gar nicht an die Spitze eines solchen

Gremiums setzen lassen. Er war aber nicht autoritär oder was ihm sonst vorgeworfen worden ist.

Ich hatte aus meinem Gespräch mit ihm, bevor der Konvent mit seinen Arbeiten einsetzte, die Sorge mitgebracht, dass Giscard d'Estaing vom aktuellen Funktionieren der Institution nicht nur veraltete, sondern auch sehr französische Vorstellungen hatte. Später hat es eine gute Arbeitsteilung zwischen den dreien gegeben. Amato war unser juristisches Gewissen und Dehaene beeindruckte mit einer belgisch-bulligen Kompromissuche. Im gesamten Präsidium bildete sich ein gewisser Corpsgeist heraus. Wir tagten ja nicht öffentlich, d.h. man konnte so reden wie man wollte, ohne gleich daran denken zu müssen, ob es den Kollegen aus dem Parlament weitergesagt und von denen als Verrat an den Positionen des Parlaments ausgelegt werden könnte. Jeder konnte zu jedem Thema zu Wort kommen und so haben wir im Präsidium sehr intensive Diskussionen über bestimmte Grundfragen der Vertragsentwicklung geführt.

Gehler:

Im Verlauf dieser Debatten und während der Ausarbeitung von Papieren in verschiedenen Ausschüssen konnte man als Außenstehender eine gewisse Eigendynamik erkennen, u.a. dass auch Staats- und Regierungschefs ein Interesse entwickelten, ihre Vertreter in diesen Konvent hineinzureklamieren. Ich erinnere an Franco Frattini oder Joschka Fischer. Minister wurden zu Konventsmitgliedern. War das eigentlich zulässig? War nicht die Zusammensetzung von vornherein festgelegt? Hatte dieser intergouvernementale Einfluss Konsequenzen im Sinne von Verwässerung oder stimulierende Effekte? Wie haben Sie das erlebt?

Hänsch:

Das lässt sich sachlich und zeitlich sehr genau fixieren. Im Oktober 2003 legte Giscard d'Estaing das so genannte „Skelett“ vor, die Grundstruktur des Verfassungsvertrags. Das war das Signal für die Regierungen, die nun zum ersten Mal, in den Amtsstuben wie auf Ministerebene, merkten, dass die Sache nicht bloß ein Spiel war, sondern ernst wurde. Von diesem Moment an strömten sie – ich übertreibe etwas – in den Konvent. Der erste, der daraus Konsequenz zog, war in der Tat Joschka Fischer. Er merkte, da

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

passiert etwas, und er wollte dabei sein, statt sich durch irgendeinen Regierungsvertreter vertreten zu lassen. Der Minister wollte selbst anwesend sein. So war das auch mit Frattini, Papandreou und einer Reihe anderer Außenminister. Übrigens saßen auch vorher schon amtierende oder ehemalige Minister in größerer Zahl im Konvent. Der Slowene Rupel, der Belgier Michel, der Österreicher Farnleitner und der Italiener Dini etwa. Der österreichische Kollege aus dem Europäischen Parlament Johannes Voggenhuber war einer der lautesten Kritiker dieser Entwicklung. Ich dagegen hielt sie für richtig. Der Konvent musste wollen, dass das, was er machte zur Verhandlungsgrundlage der Regierungskonferenz wird. Da würde uns die Beteiligung der Minister sehr helfen. Deswegen haben wir uns ja auch geweigert, die „Optionen“ vorzulegen nach dem Motto „wenn ihr das eine nicht wollt, nehmt das andere“. Der Konventsentwurf musste zur Verhandlungsgrundlage werden, von der die Regierungen praktisch nur noch dann abweichen konnten, wenn sie dafür untereinander Konsens fanden. Die Beteiligung von Regierungsvertretern hat nach meiner Überzeugung die Durchschlagskraft dessen, was der Konvent entwerfen konnte, enorm gesteigert. Es war eher eine Beförderung der Arbeit als ein Hindernis.

Gehler:

Zeitgleich schwelt die Irakkrise und dann wird Krieg geführt. Man konnte den Eindruck gewinnen – ich spreche jetzt als Außenstehender – das lähmt zunächst die Konventsarbeit. Dann aber scheint es einen Ruck gegeben zu haben, der Konvent arbeitet gut weiter. Ist der Eindruck falsch?

Hänsch:

Der Eindruck ist nicht falsch. Ich will ihn ergänzen. Es hat Wochen gegeben, in denen wir im Präsidium, auch wenn wir öffentlich nicht darüber gesprochen haben, fürchteten, dass der Konvent auseinander fällt. Denn eines der Hauptanliegen des Konvents war es, die Bestimmungen zur gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zu verstärken. Die Sache schien mit dem Auseinanderfallen der Mitgliedstaaten in der Irak-Krise 2003 völlig verloren. Manche schlugen vor aufzuhören. Ich gehörte nicht zu ihnen. Die Arbeitsgruppe Dehaene/Barnier machte Abstriche von dem, was wir eigentlich im Konvent durchsetzen wollten. Und am Ende stand im Ver-

tragsentwurf noch weniger, als die Arbeitsgruppe ausgearbeitet hatte. Schließlich kam dem Konvent die Erkenntnis, bei den Regierungen, und zwar sowohl denen der Schröder-Chirac-Linie als auch denen der Blair-Aznar-Linie zu Hilfe, dass weder die eine noch die andere irgendeinen Einfluss auf die Amerikaner und auf das, was im Irak geschah, gehabt hatte. Auch die Regierungen wollten verhindern, dass das passiert. Das hat erstens bewirkt, dass der Konvent überhaupt zusammen blieb und zweitens, dass er sogar zur gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik am Ende etwas zustande gebracht hat, das vor dem Hintergrund der Spaltung vom März 2003 zum Erstaunlichsten gehört, was der Konvent überhaupt geleistet hat.

Gehler:

Ist der Eindruck falsch, dass das, was der Konvent zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU erarbeitet hat eigentlich den amerikanischen Vorstellungen relativ nahe kam, allerdings mit einigen Reservationspositionen. Der Umgang mit „Schurkenstaaten“ zum Beispiel bzw. die Überlegung zu „preventive strikes“, also möglicherweise präventiv militärisch vorzugehen gegen solche Staaten, die im Verdacht stehen Terroristen zu beherbergen. Allerdings in der Frage, wie weit Beistand zu leisten ist, obligatorisch oder fakultativ, hat man den Eindruck gewinnen können, die Verfechter des obligatorischen Beistands mussten in Richtung fakultative Regelung einen Rückzieher machen. Ist der Eindruck falsch?

Hänsch:

Nach dem, was ich weiß haben die Amerikaner in dieser Phase keine Rolle mehr gespielt. Das war ein innereuropäischer Prozess. Er hatte mit den unterschiedlichen Einstellungen der Mitgliedsstaaten zu tun, ob und wie explizit man eine Beistandsverpflichtung bzw. Solidaritätsverpflichtung in den Vertrag hinein schreiben sollte. Das hat in der Regierungskonferenz noch einmal zu erheblichen Debatten geführt mit den Briten, aber auch mit anderen, z.B. mit den Finnen, von den Iren gar nicht zu reden, die möglichst wenig aufgeschriebene Solidarität wollten und keine regelrechte Bündnisverpflichtung. Eine schlichte Übernahme des Artikels 5 aus dem WEU-Vertrag oder des Artikels 5 aus dem NATO-Vertrag wurde disku-

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

tiert, erwies sich aber als nicht konsensfähig, weil einige EU-Staaten nicht Mitglied der NATO oder der WEU waren und sind. Was jetzt im Vertrag steht ist das, was die Mitgliedsstaaten gerade noch tragen konnten.

Gehler:

Wir haben noch nicht über den Verfassungsprozess und die Regierungskonferenz gesprochen. Das sind ja zwei Dinge. Was verhandelt man, was legt der Verfassungskonvent vor und was wird letztlich beschlossen. Manche sagten, das Ergebnis sei verbessert worden, z. B. Voggenhuber. Manche sagten es sei viel erreicht worden, z. B. Regierungsvertreter. Wie sieht Ihre Bilanz aus?

Hänsch:

Erstens haben wir 90 Prozent des Verfassungsvertrages durchgesetzt. Die gesamte neue Struktur, die mit Präsidenten des Europäischen Rates, Hohen Vertretern für Außen- und Sicherheitspolitik, Richtlinienkompetenz für den Kommissionspräsidenten, volles Mitentscheidungsrecht des Parlaments, usw. vorgesehen war, stammt ja aus dem Konvent. Die gesamte neue Struktur der Union ist aus dem Konvent. Die Rechtspersönlichkeit der EU ist auch ein Konventsergebnis. Das, was die Regierungen eingebracht haben, die restlichen 10 Prozent waren meistens Rückschritte, zum Beispiel die Aufgabe des Legislativrates oder die Rücknahme von Mehrheitsentscheidungen in ein, zwei Gesetzgebungsbereichen. Es hat aber auch in ein, zwei Punkten einen Fortschritt gegeben, z.B. das Rotationssystem bei der Besetzung der Kommission. Das war besser als die merkwürdigen Vorstellungen, u.a. mit Juniorkommissaren des Konvents. Frankreich und Deutschland, unterstützt von einer Reihe von Mitgliedsstaaten, wollten gar die Haushaltsrechte des Europäischen Parlaments hinter die des Römischen Vertrages zurückschreiben. Meine Rolle als Vertreter des Parlaments in der Regierungskonferenz konzentrierte sich darauf, diesen Angriff abzuwehren und dem Parlament die im Konventsentwurf erweiterten Haushaltsrechte zu erhalten. Das ist gelungen. Dass der Konventsentwurf nicht ganz ohne Veränderungen durch die Regierungskonferenz gehen würde, war uns von vornherein klar. Insgesamt aber war das, was beschlossen wurde, letztlich doch der Konventsentwurf. In summa konnten wir zufrieden sein.

Gehler:

Nun ist dieser Verfassungsvertrag, so mühsam und verdienstvoll er ausgearbeitet und durchverhandelt worden ist, in einem komplexen Verfahren, das sich für Historiker im Einzelnen kaum mehr zur Gänze erschließen lässt, letztlich an zwei Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden im Mai und Juni 2005 gescheitert. Ist er eigentlich deshalb gescheitert bzw. ist er wirklich gescheitert? Wenn wir nämlich die Frage auf den Lissabon-Reformvertrag lenken und diesen anschauen, stellt sich ja eine neue Frage: Ist nicht letztlich der Verfassungsvertrag, wenn auch in Frankreich und den Niederlanden abgelehnt, in einer wenn auch modifizierten Form in Form des Lissabon-Vertrag gerettet worden? Wie würden Sie diese Phase von 2004/2005 bis 2007/2008 beurteilen?

Hänsch:

Juristisch war es ganz klar: Der Verfassungsvertrag war rechtlich gesehen mit dem französischen „Nein“ gescheitert. Da brauchte es das niederländische „Nein“ gar nicht mehr. Nun kann man durch eine Volksabstimmung zwar einen Text wegstimmen, aber die Probleme, für deren Lösung der Text geschaffen worden ist, sind damit nicht weg. Da können Sie abstimmen wie Sie wollen. Die nötige Handlungsfähigkeit in den Bereichen der äußeren Herausforderungen blieb ein Erfordernis, die Notwendigkeit, die Europäische Union im Inneren führbar zu machen ein anderes. Dass die Probleme nicht vom Tisch waren, hat uns dazu geführt zu sagen: Das „Nein“ ist zwar juristisch gesehen das Ende des Verfassungsvertrages, aber nicht das Ende seiner Lösungsvorschläge. Dass man ihn unverändert nicht noch einmal vorlegen konnte, war klar. Juristisch möglich wäre es gewesen – die Schweizer stimmen ja ständig über etwas ab, was sie schon einmal abgelehnt haben. Die Einführung der Mehrwertsteuer, hat dort drei Volksabstimmungen gebraucht. Aber in der Union war das politisch nicht machbar. Beraten durch Europaabgeordnete hat Sarkozy vor seiner Wahl dann einen – wie er das nannte – neuen kurzen Vertrag gefordert. In Wirklichkeit war es der etwa um zwei drei Punkte kubierte Verfassungsvertrag, z.B. wurden die Symbole, Fahne, Hymne, Motto usw. herausgenommen und statt von „Gesetzen“ und „Rahmengesetzen“ zu reden wurden sie wieder „Verordnungen“ und „Richtlinien“ genannt. War der Verfassungsvertrag

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

schon schwierig zu lesen und zu verstehen, so ist der Lissabon-Vertrag nun völlig unlesbar. Aus dem in sich geschlossenen Verfassungsvertrag wurde ein Änderungsvertrag zum Nizzavertrag. Er ist noch undurchsichtiger geworden als vorher. Das ist schade, änderte aber an der Substanz nichts. Wie es in Frankreich zur Volksabstimmung gekommen ist, war ein Lehrstück. Chirac, der das Referendum ohne Not angeordnet hatte, wollte damit die Sozialistische Partei spalten. Das ist ihm gelungen. Mitterrand hatte Entsprechendes beim Maastricht-Referendum mit der rechten Opposition versucht. Der Unterschied besteht darin, dass Mitterrand damit den Maastricht-Vertrag durchbrachte, Chirac aber bei diesem Manöver den Verfassungsvertrag in den Sand setzte. Ihm kommt eine erhebliche Mitverantwortung zu, aber auch den Sozialisten, die sich haben spalten lassen. Es ging um die Positionierung für die Kandidatur bei den Wahlen zum Staatspräsidenten. Die 5 Prozent, die dem Verfassungsvertrag am Ende fehlten, sind eindeutig die Stimmen der Sozialisten, die ihren „Neinsagern“ gefolgt sind. Die Auseinandersetzung bei den Sozialisten hatte eine innenpolitische Funktion. Von der Rechten und den Sarkozy-Leuten wurde mir gesagt: „Wir wollen zwar, dass der Vertrag durchkommt, aber bloß nicht zu deutlich. Wenn es eine zu große Mehrheit für ihn gibt, könnte Chirac auf die Idee kommen, noch einmal zu kandidieren“. Man muss sich das einmal vorstellen: Die haben eine Referendumskampagne mit dem Ziel geführt „Gewinnen ja, aber bloß nicht richtig“. So kann man die Bürger nicht motivieren und mobilisieren. So war es, das ist die Realität. Dazu kam die übliche Praxis von Attac und anderen Organisationen, die z.B. schlichtweg behaupteten in der Grundrechtecharta stehe das Recht auf Leben und damit könne die Europäische Union künftig Abtreibungen in Frankreich verbieten. Das war eine glatte Lüge, aber sie wurde geglaubt. Ebenso die geschürte Furcht vor den polnischen Klempnern, die aufgrund der Bolkenstein-Dienstleistungsrichtlinie massenweise nach Frankreich kommen und das französische Handwerk auskonkurrieren würden: Um „Nein“ zu sagen, reichte immer ein einziger Punkt, für ein „Ja“ brauchte es immer gleich ein ganzes Bündel an Argumenten.

Gehler:

Darf ich noch einmal auf den Bereich der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zurückkommen? Es ist ja in den letzten Jahren sehr deutlich geworden, vor allen Dingen aber während des Irak-Krieges, dass es de facto keine gemeinsame EU-Außenpolitik gibt. Wie kann realisiert werden, dass Europa künftig mit einer Stimme spricht und wäre nicht vielleicht so etwas wie eine Europäische Gemeinschaftsarmee in Zukunft anzustreben bzw. unter integrationspolitischen Aspekten notwendig aber auch um Europas Position in der Welt an sich zu stärken?

Hänsch:

Lassen Sie mich unakademisch antworten: Das stimmt ja nicht. Es stimmt nur, was den Irak angeht, aber es stimmt nicht, wenn Sie aus dem Irakkrieg schließen es gäbe keine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Es gibt eine Menge von Aktionen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Es hat damit angefangen, dass die Europäische Gemeinschaft erst Ende der 1980er Jahre im Nahost-Konflikt klar Stellung bezogen hat für eine Zwei-Staaten-Lösung. Das war die europäische Linie im Nahen Osten lange vor Obama. Auch auf dem Balkan gibt es längst gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Gewiss, die Union hat nicht flächendeckend für die ganze Welt und alle Regionen eine gemeinsame Politik, aber dort, wo sie sie hat, hat sie ein erheblich gewachsenes Gewicht.

Was den Irak angeht, stimmt es, dass die Europäische Union 2003 in einer Frage von Krieg und Frieden auseinander fiel. Das lag aber daran, dass man eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik gar nicht erst versucht hat, sondern dass beide Lager, das Chirac-Schröder-Lager wie das Blair-Aznar-Lager, ihre Positionen in die Welt hinausposaunten und sich entsprechend verhielten, ohne an die Union zu denken. Immerhin waren sich danach beide Lager darin einig, dass das nicht noch einmal passieren dürfe. Schließlich hatte weder die Unterstützung der amerikanischen Intervention noch die Opposition dagegen irgendetwas bewirkt. Seither hat die Union in einer ganzen Reihe von Konflikten bis hin zum Konflikt mit dem Iran über die Urananreicherung erreicht, dass an die Stelle des amerikanischen Unilateralismus ein Multilateralismus bei der Konfliktbewältigung getreten

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

ist. Die Bilanz der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ist zwar unbefriedigend, aber sie ist nicht Null.

Gehler:

Ich habe noch eine letzte Frage zur symbolischen Politik und Geschichtspolitik. Wann beginnt diese eigentlich im Europäischen Parlament Platz zu greifen, dass ein Thema wie der Umgang mit der Vergangenheit und mit dem Zweiten Weltkrieg als europäisches Erfahrungsphänomen aufkommt, wie z.B. eine Auschwitz-Resolution. Dieser Trend muss ja in der Zeit, in der Sie tätig waren, begonnen haben. Das ist für einen Historiker eine spannende Frage. Wann und warum beginnt eine parlamentarische Körperschaft, eine Institution wie das Europäische Parlament sich mit Geschichte zu befassen und sich auch als Akteur der Geschichtsinterpretation zu profilieren?

Hänsch:

In meiner Präsidentschaft haben wir zum ersten Mal eine Resolution zu Auschwitz verfasst, und zwar nicht nur zum Holocaust, sondern auch zum Antisemitismus im aktuellen Europa. Aber die Frage nach dem Beginn? Ich kann mich erinnern, dass das Europäische Parlament schon in den 1980er Jahren zweimal mit Geschichte konfrontiert worden ist, z.B. damit doch endlich etwas zum Genozid der Türken an den Armeniern zu sagen. Das haben wir getan. Das war auch Geschichtsaufarbeitung. Jetzt gibt es in der Sozialistischen Fraktion eine kleine Arbeitsgruppe, die sich bemüht, die zwischen Ost- und Westeuropäern unterschiedlichen Erinnerungen, Erfahrungen und Perspektiven aus der Geschichte wenigstens zu benennen. Daran haben sich hauptsächlich Polen und natürlich Deutsche beteiligt. Viel herausgekommen ist dabei nicht. Machen wir z.B. die Ermordung tausender Polen durch die Sowjets in der ehemaligen Sowjetunion Anfang der 1940er Jahre zum Thema, wird auch die Rehabilitierung der Franco-Opfer, die jahrelang kein Thema war, wieder eines. Wenn man mit einem anfängt, ergeben sich daraus immer weitere. So ist Europa nun einmal. Ehrlich gesagt halte ich nicht viel davon. Ein politisches Gremium, das historische Erinnerungen aufarbeitet, in dem es natürlich auch um Selbstdarstellung nach außen gehen muss, ist damit überfordert. Da wird dann viel zu viel

Michael Gehler

verglichen, was nicht vergleichbar ist. Ich verstehe die Kollegen, die das versuchen, es ist vielleicht auch unvermeidlich, aber ich halte das nicht für eine Parlamentsaufgabe. Gewählte Politiker, die Interessen vertreten müssen, sollten das den Historikern und deren Kommissionen überlassen.

Gehler:

Es war nicht nur die Frage wann es beginnt, sondern warum es beginnt.

Hänsch:

Der Fokus hat sich etwas verschoben, weil die Osteuropäer nun dabei sind. Sie haben das Gefühl, dass wir ihre fünfzig Jahre lange Geschichte nicht richtig verstanden haben. Das stimmt ja auch. Wir haben ja im Westen vieles nicht sehen können und manchmal auch nicht sehen wollen. Wenn in Europa zusammenwachsen soll, was zusammen gehört, müssen auch die Menschen im Westen die Augen aufmachen.

Gehler:

Haben Sie vielen Dank für das aufschlussreiche Gespräch.

Hänsch:

Gern.

Das **Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)** ist ein interdisziplinäres Forschungs- und Weiterbildungsinstitut der Universität Bonn. *ZEI – DISCUSSION PAPER* richten sich mit ihren von Wissenschaftlern und politischen Akteuren verfassten Beiträgen an Wissenschaft, Politik und Publizistik. Sie geben die persönliche Meinung der Autoren wieder. Die Beiträge fassen häufig Ergebnisse aus laufenden Forschungsprojekten des ZEI zusammen.

The **Center for European Integration Studies (ZEI)** is an interdisciplinary research and further education institute at the University of Bonn. *ZEI – DISCUSSION PAPER* are intended to stimulate discussion among researchers, practitioners and policy makers on current and emerging issues of European integration and Europe's global role. They express the personal opinion of the authors. The papers often reflect on-going research projects at ZEI.

Die neuesten ZEI Discussion Paper / Most recent ZEI Discussion Paper:

- C 183 (2008) Yannis Tsantoulis
Subregionalism in the Black Sea and the EU's Role. Incentives, Obstacles and a 'New Synergy'
- C 184 (2008) Ludger Kühnhardt
African Regional Integration and the Role of the European Union
- C 185 (2008) Hans-Gert Pöttering
European Union – New Impulses for the Decade Ahead
- C 186 (2008) Jürgen Nielsen-Sikora
Europa der Bürger. Darstellung und Interviews (mit Peter Altmaier, Barbara Gessler, Ruth Hieronymi und Hans-Gert Pöttering)
- C 187 (2008) Ján Figel'
Reflecting on the European Year of Intercultural Dialogue
- C 188 (2008) Lazaros Miliopoulos
Begriff und Idee „atlantischer Zivilisation“ in Zeiten transatlantischer Zerreißproben
- C 189 (2008) Carl Christian von Weizsäcker
Regionalisierung der Regulierung im Bitstromzugangs-Markt?
- C 190 (2008) Sonja Schröder
The 2007-2013 European Cohesion Policy. A New Strategic Approach by the Commission?
- C 191 (2009) Meredith Tunick
Promoting Innovation in the European Union. On the Development of Sound Competition and Industrial Policies
- C 192 (2009) Frank Decker/Jared Sonnicksen
The Election of the Commission President. A Presidential Approach to Democratising the European Union
- C 193 (2009) Aschot L. Manutscharjan
Der Berg-Karabach-Konflikt nach der Unabhängigkeit des Kosovo
- C 194 (2009) Wiebke Drescher
The Eastern Partnership and Ukraine. New Label – Old Products?
- C 195 (2009) Ludger Kühnhardt/Tilman Mayer (Hrsg.)
Die Gestaltung der Globalität. Neue Anfragen an die Geisteswissenschaften
- C 196 (2009) Ina Hommers
Die Migrationspolitik der EU. Herausforderung zwischen nationaler Selbstbestimmung und europäischer Konvergenz
- C 197 (2010) Klaus Hänsch
Europäische Integration aus historischer Erfahrung. Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler

Die vollständige Liste seit 1998 und alle Discussion Paper zum Download finden Sie auf unserer Homepage: <http://www.zei.de>.

For a complete list since 1998 and all Discussion Paper for download, see the center's homepage: <http://www.zei.de>.